



Landeskonzferenz der Jusos Bayern

Zweitverschickung



Bamberg
Haas Säle
14. – 15. Mai 2011



An
die Delegierten
den Juso-Landesvorstand
den Juso-Bundesvorstand
den SPD-Landesvorstand
die Gäste

München, 04.05.2011

**Ordentliche Landeskonferenz
der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
Landesbezirk Bayern**

**vom 14. bis 15. Mai 2011
in den Haas-Sälen
(im oberen Stockwerk beim Live Club)
Obere Sandstr. 7, 96049 Bamberg**

Zweitverschickung

Liebe Genossinnen und Genossen,

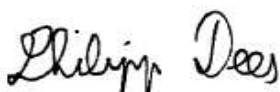
Beiliegend erhaltet ihr die Zweitverschickung zum Antragsbuch der ordentlichen Juso-Landeskonferenz 2011.

Einige Hinweise:

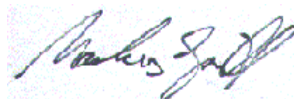
1. Der Verschickung liegt erneut ein erweitertes Beilageblatt Organisatorisches bei. Dieses findet ihr direkt hinter Einladung und Tagesordnung dieser Zweitverschickung. Auf diesem Blatt sind diesmal Details zu eurer Unterkunft auf der Konferenz vermerkt. Bitte sucht euch selbst vor der Konferenz in einem der Web-Reiseplaner wie www.bahn.de, google-maps und www.map24.de die Wege nach und in Bamberg heraus. Das Jugendgästehaus am Kaulberg ist fußläufig vom Konferenzort aus in 10 Minuten erreichbar. Das Hotel Sandstern befindet sich direkt neben dem Konferenzort.
2. Diese Zweitverschickung beginnt im Antragsteil mit der Seitenzahl 150. Dies hat den Grund, dass das Antragsbuch der Erstverschickung auf Seite 149 endete. Die Antragsnummern der Anträge wurden dabei in ihren Themenkapiteln parallel zur Erstverschickung fortgeschrieben.
3. Die Zweitverschickung schließt mit dem ersten uns bereits vorliegenden Initiativantrag. Änderungsanträge lagen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der Zweitverschickung im Landesbüro noch nicht vor.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Studium und der Bewertung der Anträge sowie der Berichte in der Erst- und Zweitverschickung und viel Erfolg bei der richtigen Zuordnung. Die Mitnahme von Aktenordnern für Antragsbuch und die ganzen Änderungsanträge sowie von 1-2 Lochern pro Delegation ist sicherlich weiterhin hilfreich.

Mit sozialistischen Grüßen



Philipp Dees
Juso - Landesvorsitzender



Markus Grill
Juso - Landesgeschäftsführer

ordentliche Landeskonferenz der Jusos Bayern

ordentliche Landeskonferenz der Jusos Bayern

Vorläufige Tagesordnung

<u>Samstag</u>	
10.30 Uhr	1. Eröffnung
	1.1 Begrüßung
	1.2 Wahl eines Tagungspräsidiums
	1.3 Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
	1.4 Beschlussfassung über Geschäftsordnung und Tagesordnung
10.45 Uhr	2. Grußworte
11.20 Uhr	3. Rechenschafts- und Gleichstellungsbericht des Vorstandes
	3.1 Rechenschaftsbericht
	3.2 Aussprache über den Rechenschaftsbericht
	3.3 Gleichstellungsbericht
	3.4 Aussprache über den Gleichstellungsbericht
	3.5 Politische Entlastung des Vorstandes
12.15 Uhr	<i>Konferenzunterbrechung</i>
13.15 Uhr	4. Schwerpunktthema Gleichstellungspolitik
	4.1. Referat Inge Wettig-Danielmeier
	4.2. Aussprache
	4.3. Einbringung des Leitantrags, Diskussion und Beschlussfassung
	4.4. Verleihung des Aktionspreises Internationaler Frauentag/Equal Pay Day
15.30 Uhr	5. Arbeitsprogramm 2011/2012
16.30 Uhr	6. Wahlen und Nominierungen
	6.1 Wahl des/der Landesvorsitzenden
	6.2 Festlegung der Anzahl der gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden
	6.3 Wahl der stellv. Landesvorsitzenden
	6.4 Nominierung einer Vertreterin/eines Vertreters der Jusos im SPD-Landesvorstand
	6.5 Nominierung weiterer Kandidatinnen und Kandidaten für den SPD-Landesvorstand
17.30 Uhr	7. Antragsberatung
19:00 Uhr	8. Grußworte
19:30 Uhr	<i>Konferenzunterbrechung</i>

ordentliche Landeskonferenz der Jusos Bayern

20.00 Uhr	10. Verabschiedungen und Kultureller Teil
-----------	--

Sonntag	
9.30 Uhr	9. Weitere Grußworte
10.00 Uhr	10. Wahlen und Nominierungen
	10.1 Wahl der 2 Bundesausschussmitglieder des Landesbezirks und der 2 stellv. Mitglieder (jeweils aus den Reihen des Juso - Landesvorstandes)
	Nominierung eines Kandidaten/einer Kandidatin für den Juso-Bundesvorstand
10.30 Uhr	11. Antragsberatung
11.00 Uhr	12. Grußwort von Florian Pronold, SPD-Landesvorsitzender
12.30 Uhr – 13.30 Uhr	<i>Konferenzunterbrechung</i>
13.30 Uhr	13. Antragsberatung
15.00 Uhr	14. Schlusswort des/der Juso-Landesvorsitzenden

Delegiertenschlüssel

Bezirk	SPD-Mitglieder	Delegierte	mind. Frauen
Oberbayern	17.328	19	8
Niederbayern	6.334	10	4
Oberpfalz	9.191	13	6
Oberfranken	9.634	13	6
Mittelfranken	10.488	14	6
Unterfranken	7.713	11	5
Schwaben	6.053	10	4
Gesamt	66.741	90	39

Organisatorisches

Die ordentliche Landeskonferenz findet statt in den

Haas Sälen

Im Obergeschoss beim Live Club

Obere Sandstr. 7,

96049 Bamberg (Oberfranken)

In Mitten der Bamberger Altstadt.

⇒Tagungsbüro:

Das Tagungsbüro ist ab Samstag, den 14. Mai früh ab ca. 9 Uhr unter den folgenden Nummern zu erreichen:

Telefon 0175-9624375 und (im Notfall) 0951-51935329
Faxmöglichkeit (nur nach vorheriger Rücksprache!): (0951) 53375

WICHTIG - WICHTIG – WICHTIG!

⇒zu Tagungsort und Unterbringung:

Als am Samstag, den 14. Mai anreisende Delegierte oder Gäste eures Bezirkes seid ihr – falls ihr nichts anderes hört, alle im Jugendgästehaus am Kaulberg untergebracht. Das Jugendgästehaus ist in ca. 10 - 15 Minuten gemütlicher Fußlaufweite vom Kongressort entfernt. Die GenossInnen, die bereits am Freitag anreisen, sind mehrheitlich im Hotel Sandstern untergebracht. Dieses liegt direkt neben dem Tagungsort gelegen. Die Häuser haben vernünftigen Standard.

Das Jugendgästehaus ist innen vollkommen neu, das Hotel innen relativ frisch renoviert. Die Zimmer sind einfach aber vernünftig ausgestattet. Die Freitag zur Vorstandssitzung anreisenden GenossInnen aus dem Bereich des LaVo/ der HelferInnen usw., die aus Kapazitätsgründen im Jugendgästehaus untergebracht sein sollten, erhalten dies bis Mittwoch vor der Konferenz per Mail von uns mitgeteilt.

Hier die Adressen für Navi und Google-Maps:

- Jugendgästehaus am Kaulberg, Unterer Kaulberg 30, 96049 Bamberg
- Hotel Sandstern, Obere Sandstr. 11, 96049 Bamberg

Ansonsten könnt ihr auch bereits jetzt unter www.bahn.de; www.falk.de oder www.map24.de eure Routen und Anreisen planen. Parkplätze und Parkhäuser findet ihr über die Homepage der Stadt unter www.bamberg.de. Bitte nutzt Gruppenreisen und Fahrgemeinschaften.

Wir sind derzeit noch dran, eventuell für das Wochenende einen Behördenparkplatz zum kostenlosen Parken in der Nähe für euch aufzutun. Sollte dies – wider Erwarten - noch gelingen, mailen euch dies eure DelegationsleiterInnen 2-3 Tage vor der Konferenz.

Bitte erinnert eure Bezirksvorsitzenden daran, Änderungen bei den aus euren Bezirken tatsächlich anreisenden GenossInnen unverzüglich an das Landesbüro zu mailen!

⇒Parkmöglichkeiten:

Der Tagungsort liegt in der Altstadt. Parkplätze sind wie oben beschrieben fast nur in Parkhäusern vorhanden. Die Anfahrt direkt vor den Tagungsort mit dem Auto ist nur eingeschränkt zum Be- und Entladen möglich. Die Sandstraße ist eine Spielstraße - bitte dies beachten und langsam fahren! Parkplätze sind nicht vorhanden! Bitte ggf. die

Tiefgaragen "City-Altstadt" oder "Residenzschloss" nutzen. Von dort ist der Fußweg jeweils etwa 5 Minuten.

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Vom Bahnhof am besten mit den Linien 901, 902 oder 911 zum ZOB fahren und weiter mit der Linie 910 zur Elisabethenstraße oder mit der Linie 918 zur Schranne. Von dort sind es etwa 2-3 Minuten zum Live-Club. Alternativ ist der Fußweg vom ZOB etwa 5 Minuten.

⇒Fahrtkosten:

Fahrtkosten werden für ZugfahrerInnen bis max. DB 2. Klasse erstattet (bitte Angebote beachten). AutofahrerInnen erhalten 12 ct. pro gefahrenen Kilometer und 4 ct pro MitfahrerIn.

Bitte bildet auch diesmal unbedingt Fahrgemeinschaften. Eine Anreise mit der Bahn ist sinnvoller, als mit dem Auto. Falls ihr mit der Bahn anreist, dann organisiert in der Delegation bitte Gruppentickets. Das spart uns allen Kosten.

⇒Unterkunft und Verpflegung:

Die Unterkunft und die Verpflegung für die Delegierten übernimmt der Landesverband. Es gibt jeweils Gerichte mit und ohne Fleisch. Kaffee, Tee, Apfelschorle und Wasser sind für euch gratis. Privat mitgebrachte Getränke dürfen im Tagungsort konsumiert werden.

⇒Sonstiges:

Solltet ihr kurzfristig und wider Erwarten durch Krankheit oder sonstigen wichtigen Grund nicht an der Landeskonzferenz teilnehmen können, informiert bitte umgehend eure(n) Bezirksvorsitzende(n), damit einE ErsatzdelegierteR oder ein anderer Gast an eurer Stelle fahren kann.

Es empfiehlt sich weiterhin sehr, das Antragsbuch inkl. dieser Zweitverschickung in einem Aktenordner normaler Breite zur Konferenz mitzunehmen. Ihr erspart euch damit erhebliches Papierchaos auf und nach der Konferenz.

Zur Lochung der meist spontan aber heftig erblühenden Änderungsantragsmenge auf der Konferenz empfehlen sich dann auch pro Delegation mindestens 2-3 Delegationslochungsgeräte.

Anfahrt mit dem Zug

zur **Juso Landeskonferenz** in Bamberg

Vom Bahnhof müsst ihr erst einmal zum ZOB

Von hier aus fährt jeder Bus zum **ZOB**



1. Möglichkeit: Vom ZOB weiter mit dem **Bus**

zum **Tagungsbüro/Tagungsort** in den **Haas-Sälen** und dem **Hotel Sandstern** mit der Linie **910** bis zur Haltestelle **Elisabethenstraße**

Weiterer Fußweg:



zum **Jugendgästehaus** mit den Linien **912, 918** oder **928** bis zur Haltestelle **Schulplatz** (Ihr kommt praktisch vor der Tür an)

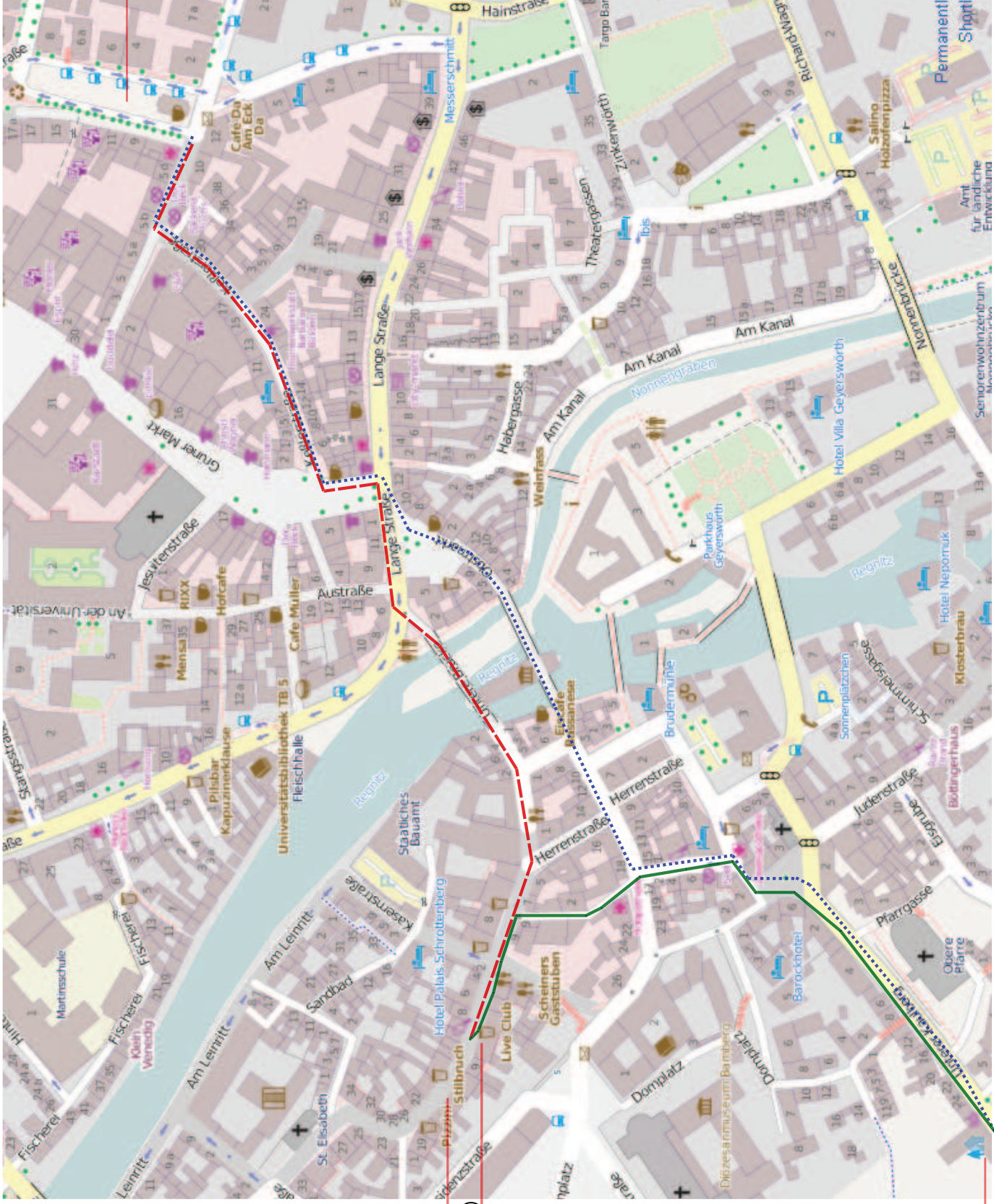
2. Möglichkeit: Weiter zu Fuß

- ca. 700 m
zum Tagungsort
- ca. 900 m
zum Jugendgästehaus
- ca. 400 m
zw. Jugendgästehaus
und Haas-Sälen

Hotel Sandstern

Haas-Säle (Tagungsort/-Büro)

Jugendgästehaus



ZOB

Geschäftsordnung

1. Beschlussfähigkeit

Die Landeskonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt.

2. Wortmeldungen

a) Wortmeldungen sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Die DiskussionsrednerInnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. BerichterstatteInnen können auch außerhalb der Reihenfolge das Wort erhalten.

b) Die Redeliste auf der Landeskonferenz ist quotiert. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte beendet. Es kann ein Geschäftsordnungsantrag auf Fortführung gestellt werden. Die Gegenrede einer Frau hat Vorrang.

Findet der Antrag auf Fortsetzung der Debatte die Mehrheit oder erfolgt keine Gegenrede, wird die Debatte fortgeführt. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte dann beendet, wenn seit dem letzten Antrag auf Fortsetzung der Debatte drei Redner das Wort hatten.

Hat seit der letzten Fortsetzung der Debatte keine Frau in der Debatte gesprochen, sind in der Abstimmung über einen Antrag auf abermalige Fortführung nur Frauen stimmberechtigt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte ist unzulässig, bevor bei der Fortführung der Debatte wenigstens eine Rednerin das Wort hatte. Zwischen Gegenrede und Abstimmung über die Fortführung der Debatte sind Wortmeldungen grundsätzlich unzulässig. Die Wortmeldung einer Frau vor der Gegenrede führt die Debatte normal fort, eine Verlängerung um drei Redner findet nicht statt.

Das Wort zu persönlichen Bemerkungen wird nur am Schluß der Debatte über einen Sachgegenstand erteilt.

1 **3. Redezeit**

2 Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt außerhalb der
3 Antragsbegründung bei Aussprache 5 Minuten, bei Antragsbera-
4 tungen 5 Minuten und bei Geschäftsordnungsdebatten 3 Minu-
5 ten.

6
7
8 **4. Initiativ-Anträge**

9
10 Anträge, die erst während der Landeskonzferenz gestellt werden,
11 bedürfen der Unterschrift von mindestens 12 Delegierten aus 4
12 Bezirken. Sie können nur bis Samstag 14. Mai 2011, 14.00 Uhr
13 eingereicht werden.

14
15
16 **5. Anträge zur Geschäftsordnung**

17
18 Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und
19 begründet werden. Die AntragsstellerInnen erhalten außer der
20 Reihenfolge der DiskussionsrednerInnen das Wort, jedoch nur,
21 soweit das nächste Wort noch nicht erteilt ist. Die Abstimmung
22 zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein/e RednerIn für
23 und gegen den Antrag gesprochen hat. Erfolgt keine Gegenrede,
24 so gilt der Antrag als angenommen.

25
26
27 **6. Weitergehende Anträge**

28
29 Über die Frage, welche Anträge als "weitergehende" zunächst
30 zur Abstimmung zu bringen sind, entscheidet ausschließlich
31 das Präsidium.

32
33
34 **7. Beschlüsse**

35
36 Beschlüsse der Landeskonzferenz werden mit einfacher Stim-
37 menmehrheit gefasst. Beschlüsse, die Richtlinienänderungen
38 zum Gegenstand haben, können nur mit absoluter Mehrheit ge-
39 fasst werden.

40
41
42 **8. Wahlen**

43
44 Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD. Vorschläge für
45 die Wahlen am Samstag müssen bis Samstag, den 14. Mai 2011
46 um 14 Uhr, Vorschläge für die weiteren Wahlgänge bis Samstag,
47 14. Mai um 18 Uhr dem Tagungspräsidium vorliegen.

Antragsbuch

Zweitverschickung

Zweitverschickung Berichte und weitere Anträge

<u>Inhaltsverzeichnis:</u>	Seite	152
---	--------------	------------

<u>Rechenschaftsbericht</u>	Seite	154
--	--------------	------------

<u>Gleichstellungsbericht</u>	Seite	162
--	--------------	------------

<u>A Wirtschaft / Soziales / Arbeit</u>	Seite	165
--	--------------	------------

A 10 Inklusion verwirklichen... ..		165
------------------------------------	--	-----

A 11 Zurücksetzen der Kleinbetriebsklausel.....		167
---	--	-----

<u>C Neue Rechte und Rechtsextremismus</u>	Seite	170
---	--------------	------------

C 2 Wider der Extremismustheorie.....		170
---------------------------------------	--	-----

<u>E Umwelt / Verkehr / Energie</u>	Seite	174
--	--------------	------------

E 8 Energiewende jetzt		174
------------------------------	--	-----

<u>F Bildung und Familie</u>	Seite	175
---	--------------	------------

F 6 Bildung		175
-------------------	--	-----

F 7 Doppelter Abiturjahrgang		185
------------------------------------	--	-----

F 8 Für gerechte und bessere Hochschulen		191
--	--	-----

<u>G Rechtspolitik, öffentliche Sicherheit und Bürgerrechte</u>	Seite	197
--	--------------	------------

G 6 Aufhebung Tanzverbot		197
--------------------------------	--	-----

G 7 Normierung actio libera in causa.....		199
---	--	-----

G 8 Gerechtes Wahlrecht in Bayern		201
---	--	-----

G 9 Menschenwürdiges Asylrecht		203
--------------------------------------	--	-----

G 10 Kein Ende der Stasi-Aufarbeitung.....		205
--	--	-----

<u>Ini - Initiativanträge</u>	Seite	206
--	--------------	------------

Ini 1 Keine Privatisierung des Glücksspiels		206
---	--	-----

Im Rechenschafts- und im Gleichstellungsbericht, wurden die ursprünglichen Formatierungen und Schriftarten belassen. Damit ist sichergestellt, dass Änderungsanträge, die bereits vor der postalischen Zweitverschickung begonnen wurden, noch den richtigen Zeilenbezug haben.

1 Rechenschaftsbericht des Juso-Landesvor-

2 stands für die Amtszeit 2010/11

3 1. Politische Rahmenbedingungen

4 Grundsätzlich waren die politischen Rahmenbedingungen 2010/11 für die Arbeit der Jusos positiv: Die
5 derzeitige Regierung im Bund als auch in Bayern verfolgen eine Politik, die nicht nur politisch falsch ist
6 (Stichworte Atomausstieg, kleine Kopfpauschale), sondern auch handwerklich so schlecht verfolgt
7 wird, dass die Zustimmung zur Bundesregierung auf ein Minimum gefallen ist. Es gibt den grundsätzli-
8 chen Wunsch nach einer Politik, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört die
9 Regulierung des Arbeitsmarktes, eine stimmige, an Gerechtigkeit orientierte Sozialpolitik, aber auch
10 eine Innenpolitik, die bürgerliche Freiheiten achtet (wobei dies der in der Bevölkerung am geringsten
11 unterstützte Aspekt ist). Es gibt auch eine gesellschaftliche Mehrheit für den Abzug der Bundeswehr
12 aus Afghanistan.

13 Eingeschränkter gilt dies auch für Bayern. Hier ist die Unzufriedenheit über die handwerkliche Arbeit
14 der Regierung deutlich geringer und die Zustimmung zum politischen Kurs der Regierung höher. Al-
15 lerdings ist die Basis für die CSU, wieder die absolute Mehrheit zu erreichen, knapp, die FDP würde
16 bei Wahlen derzeit wohl aus dem Landtag fallen. Es gibt also auch hier Ansatzpunkte für politische
17 Mehrheiten jenseits der CSU. Und auch in Bayern stoßen zentrale Themen, für die die Jusos stehen,
18 z.B. die Gemeinschaftsschule, auf grundsätzliche Zustimmung bei der Bevölkerung.

19 Der SPD gelingt es jedoch bisher weder im Bund noch in Bayern, aus diesen Ansatzpunkten Kapital
20 zu schlagen. Es gelingt nicht, fundierte und glaubwürdige Konzepte gegen die inhaltlich falsch Politik
21 von schwarz-gelb zu setzen. Dies liegt wesentlich auch daran, dass die Parteiführung in Berlin und
22 auch in der BayernSPD versucht, den Konflikten, die die Regierungszeit von rot-grün in der SPD auf-
23 geworfen hat, auszusitzen. So werden zentrale Themen, bei denen die SPD eine Position finden
24 muss, regelmäßig vertagt. Dies gilt z.B. für das Thema Afghanistan oder die Rente mit 67. Statt einer
25 grundsätzlichen Aufarbeitung der Politik der neun Jahre Regierungszeit und daraus abgeleiteten An-
26 sätzen für die Politik einer neuen SPD-geführten Bundesregierung wird versucht, Konzepte und Be-
27 griffe in den Raum zu werfen, die als „modern“ angesehen werden („Neue Gerechtigkeit“, „Neuer Fort-
28 schritt“, „Nachhaltiges Wachstum“). Dann wird abgewartet, ob das Echo auf den neuen Begriff positiv
29 ist. Ist es dies nicht (was bisher immer der Fall war), dann wird ein neuer Begriff getestet. Mit diesen
30 Begriffen verbindet sich aber bisher nie ein gewachsenes inhaltliches Konzept, das in der Partei ver-
31 ankert ist. Dazu werden die Begriffe auch in zunehmender Geschwindigkeit gewechselt, so dass kein
32 Vertrauen in die SPD wachsen kann. Der Parteivorstand wirkt zunehmend orientierungslos und ver-
33 zweifelt. Auch der Umgang mit dem Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin ist in diese Orien-
34 tierungslosigkeit einzuordnen.

35 Auch in Bayern fehlt eine klare politische Linie der SPD. Auch hier wird statt fundierter und hartnäckiger
36 inhaltlicher Arbeit an wichtigen Themen auf pseudo-moderne Ansätze und Marketing-Gags ge-
37 setzt. Davon gibt es positive Ausnahmen (die Gemeinschaftsschul-Kampagne der Landtagsfraktion
38 könnte, bei aller begründeter Kritik an inhaltlichen Punkten, hierzu gehören), die aber Seltenheitswert
39 haben – und häufig auch zumindest nicht mit der Unterstützung der Partei- und Fraktionsführung statt-
40 finden. Gerade die Landtagsfraktion irrlichtert bei vielen Themen und schüttelt permanent neue Ansät-
41 ze aus dem Ärmel, die sich nicht zu einem stimmigen Gesamtbild zusammenfügen.

1 Aus der Orientierungslosigkeit der SPD-Führung entwickeln sich Probleme für die Arbeit der Jusos.
2 Denn auch Jusos können ein miserables Gesamtbild der SPD nicht korrigieren. Wenn die SPD nicht
3 für die Mitarbeit attraktiv ist, dann sind auch die Beitrittszahlen bei den Jusos entsprechend niedrig. Es
4 gelingt uns zwar, bei den Jusos Menschen zu binden, die der derzeitigen SPD-Politik ablehnend bis
5 ratlos gegenüberstehen, aber für eine sozialdemokratische SPD streiten wollen. Dafür neue Genos-
6 sInnen zu werben, ist aber in diesem politischen Umfeld schwer.

7 Die Jusos Bayern haben im vergangenen Jahr intensiv für einen klaren Kurs der SPD gekämpft. Dies
8 war bisher nur mäßig erfolgreich. Wir können zwar auf einige, aber wenige Verbündete setzen. Es gibt
9 einen erkennbaren Unmut über den Kurs der SPD, der allerdings von vielen (noch) nicht offen artiku-
10 liert wird. Stattdessen verlegen sich viele in der SPD darauf, murrend abzuwarten, ob es irgendwann
11 besser wird. Es ist eine Aufgabe der Jusos, auf dieser abwartenden eine aktive Haltung zu machen.
12 Denn nur mit Mehrheiten und mit Genossinnen und Genossen, die aktiv kämpfen, kann die SPD ver-
13 ändert werden. Dies gilt im Bund wie in Bayern.

14 **2. Arbeit des Landesvorstands und Landeskonferenzen**

15 Der Juso-Landesvorstand hat 2010/11 wie üblich etwa einmal im Monat getagt; im Mai und im Oktober
16 2010 fanden jeweils mehrtägige Sitzungen zur grundlegenden Arbeitsplanung statt.

17 Wie auch schon in den Vorjahren war die Beteiligung an den Landesvorstands-Sitzungen schwan-
18 kend. Aus beruflichen, studienbedingten oder persönlichen Gründen haben sich immer wieder einzel-
19 ne Landesvorstandsmitglieder nicht in dem Umfang einbringen können, wie sie dies eigentlich wollten.
20 Die Arbeit der Jusos Bayern basiert wesentlich auf ehrenamtlichem Engagement, das nicht immer
21 oberste Priorität haben kann. In diesem Rahmen hat der Landesvorstand seine Arbeit abgewickelt.

22 Bewährt hat sich das Konzept, im Herbst eine zusätzliche, eintägige Landeskonferenz abzuhalten.
23 Damit ist es gelungen, einen Raum zu schaffen, in dem frei von den in den vergangenen Jahren übli-
24 chen Personalquerelen inhaltlich diskutiert werden kann; mit der Referentin Ulrike Herrmann zum
25 „Selbstbetrug der Mittelschicht“ ist dies im November 2010 gut gelungen. Zwar wird bei der Vielzahl
26 der üblicherweise vorliegenden Anträge trotzdem nicht jeder Antrag adäquat diskutiert, insgesamt
27 steht aber mehr Zeit für Antragsarbeit zur Verfügung.

28 **3. Themen 2010/11**

29 **3.1 Schwerpunktthema „Soziale Integration“**

30 Das Schwerpunktthema „Soziale Integration“ war das Hauptthema der Landeskonferenz im November
31 2010. Mit Ulrike Herrmann ist es gelungen, eine prominente Autorin zu diesem Thema als Referentin
32 zu gewinnen, deren Vortrag auch auf positive Resonanz stieß. Daneben hat das Thema allerdings nur
33 wenig stattgefunden. Statt fand das Tagesseminar „Exklusion und Armut“ im Oktober 2010, auch beim
34 Seminar „Integration und Migration“ spielte das Thema eine Rolle.

35 **3.2 Schwerpunktthema „Gleichstellung“**

36 Das Thema „Gleichstellung“ ist Hauptthema der Landeskonferenz im Mai 2011. Eine weitere Aktivität
37 war die Ausschreibung eines Aktionspreises zum Internationalen Frauentag, auf den aber nur ein
38 Beitrag einging. Auch das erstellte Thesenpapier, das die Grundlage zum Antrag für die Landeskonfe-
39 renz bildete, führte leider zu keinen Rückmeldungen. Das geplante Gleichstellungsseminar musste

1 wegen sehr wenigen Anmeldungen abgesagt werden. Insgesamt ist es also auf Landesebene kaum
2 gelungen, das Thema so zu besetzen, dass es breite Resonanz im Verband gab.

3 Erfreulich ist, dass zwei Bezirke das Thema sehr prominent in ihren Arbeitsschwerpunkten verankert
4 haben. Der Bezirk Unterfranken hat eine Gleichstellungskampagne mit Postkarten und Plakaten auf-
5 gesetzt. Der Bezirk Oberbayern führt in allen Unterbezirken und zentral für den Bezirk Gleichstel-
6 lungskonferenzen durch. Bei beiden Punkten handelt es sich um Initiativen der Bezirke, die sich der
7 Landesverband nicht zurechnen kann.

8 **3.3 Weitere Themen**

9 Neben den beiden Schwerpunktthemen hat eine Reihe von anderen Themen die Agenda des Lan-
10 desverbandes erreicht. Zentral war die Auseinandersetzung mit dem repressiven Kurs der Landtags-
11 fraktion in der Jugendpolitik. Hier setzen die OrdnungspolitikerInnen (gegen die Meinung des jugend-
12 politischen Sprechers der Fraktion) auf hartes Durchgreifen vor allem gegen Alkoholkonsum, aber
13 auch bei Nutzungskonflikten in den Innenstädten (Lärmbelästigungen durch Gaststätten etc.). Die
14 Beschäftigung mit dem Thema war 2010 vor allem reaktiv auf die Initiativen der Landtagsfraktion.
15 2011 soll, in Kooperation mit dem jugendpolitischen Sprecher der Fraktion, das Thema „Jugendpolitik“
16 inhaltlich besetzt werden, mit der klaren Botschaft, dass Ordnungspolitik höchstens am Rande eine
17 Rolle spielen kann.

18 Ebenfalls Thema war die Entwicklung der BayernSPD. Schon bevor die Debatte ausgehend von Nie-
19 derbayern zum Jahreswechsel 2010/11 eskalierte, hat sich der Landesvorstand regelmäßig mit dem
20 Erneuerungsprozess der BayernSPD befasst. Zum Landesparteitag 2010 lag ein Antrag der Jusos
21 vor, wie wir uns den Erneuerungsprozess vorstellen, der aber nicht befasst wurde; einige Teile gingen
22 aber in den beschlossenen Leitantrag ein. Auch mit der schlechten Aufstellung der Landtagsfraktion
23 hat sich der Landesvorstand immer wieder beschäftigt und diese Kritik auch gegenüber der Fraktion
24 und einzelnen Mitgliedern geäußert. Erfolgreich war dies allerdings nicht.

25 Im Themenkomplex „Kampf gegen Rechts“ hat der Landesverband zu einer Reihe von Kundgebungen
26 gegen Nazi-Aufmärsche aufgerufen. Höhepunkt war die Beteiligung an der Blockade des Nazi-
27 Aufmarsches in Dresden, zu dem die Jusos Bayern Busse organisierten, die nach Anlaufschwierigkei-
28 ten gut angenommen wurden.

29 Neben den bisher genannten hat sich der Landesvorstand u.a. (und ohne Anspruch auf Vollständig-
30 keit) auch mit der Gesundheitspolitik, dem Sparpaket der Bundesregierung, der Laufzeitverlängerung
31 der Atomkraftwerke, dem Afghanistan-Einsatz, der Rente mit 67 befasst. Daneben wurden diese und
32 weitere Themen auch durch die Arbeit der Kommissionen und Zielgruppenorganisationen sowie in der
33 Schulungsarbeit aufgegriffen.

34 **4. Arbeit der Kommissionen und Zielgruppenorganisationen**

35 **4.1 Frauenkommission**

36 Die Frauenkommission zeigte im Jahr 2010/2011 ein sehr gemischtes Bild. Einerseits war es aufgrund
37 von diversen persönlichen Gründen seitens der Kommissionsleiterinnen nicht möglich, regelmäßig zu
38 tagen und somit einen Themenkomplex intensiv zu bearbeiten, andererseits ist es dieses Jahr dank
39 des Engagements einiger (weniger) Genossinnen gelungen, zwei Seminare durchzuführen, die von
40 den Teilnehmerinnen sehr positiv aufgenommen wurden. Ein angedachtes Seminar in Kooperation mit
41 der AsF konnte im vergangenen Jahr leider noch nicht durchgeführt werden.

1 **4.2 Kommission Frieden, Internationales und Europa**

2 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

3 **4.3 Kommission „Kampf gegen Rechts“**

4 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

5 **4.4 Kommission „Kommunalpolitik“**

6 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

7 **4.5 Kommission „Sozialpolitik“**

8 Die sozialpolitische Kommission hat im Berichtszeitraum im Rahmen der Kommissionswochenenden
9 drei Mal getagt. Mehr Präsenztreffen fanden wegen der jeweils geringen Teilnehmendenzahlen nicht
10 statt. Für die sozialpolitische Kommission gilt dasselbe wie für alle anderen Kommissionen: Wir brau-
11 chen künftig eine höhere Verbindlichkeit der Mitglieder der „Sopo“ bei den angesetzten Treffen. Wo
12 nötig, fanden zur organisatorischen und inhaltlichen Abstimmung Telefonschalten statt. Zusätzlich gibt
13 es zur internen Koordination einen Email-Verteiler, der mittlerweile Mitarbeitende aus sechs Bezirks-
14 verbänden (einzige Ausnahme: Schwaben) erfasst.

15 Inhaltlich hat sich die sozialpolitische Kommission einerseits mit der Zukunftsfestigkeit unserer gesetz-
16 lichen Sozialversicherungssysteme und andererseits mit dem von der Landeskonzferenz 2010 im Ar-
17 beitsprogramm gesetzten Schwerpunktthema „Soziale Integration“ beschäftigt. Wo nötig, hat sich die
18 sozialpolitische Kommission presseöffentlich geäußert, so z.B. im Sommer nach der Beschlussfas-
19 sung über den Haushaltsentwurf 2011 zum Sparpaket der Bundesregierung, welches alleine für den
20 sozialpolitischen Bereich ein Einsparvolumen von 30 Mrd. Euro vorsah.

21 Am 30. und 31. Oktober fand die 2-tägige Fachtagung „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ in
22 Nürnberg statt. Hierbei gab es einen Einführungsabend am Samstag, 30.10.2010, indem die aktuellen
23 Aufgaben und Leistungsbereiche, sowie die finanzielle Situation der einzelnen Sozialversicherungszweige
24 vermittelt wurde. Der Zweck dieses „Warm-Ups“ bestand darin, Teilnehmende ohne Vorkenn-
25 nisse in diesem Bereich auf einen aktuellen Wissensstand zu bringen, der als Grundwissen für die am
26 Sonntag anschließende eigentliche Fachtagung vorausgesetzt werden musste. Von insgesamt 20
27 Teilnehmenden der Fachtagung am Sonntag wurde das Angebot zum „Warm-Up“ von 8 GenossInnen
28 angenommen.

29 Zur Fachtagung am Sonntag konnten wir als ReferentInnen begrüßen: Harald Unfried von der Deut-
30 schen Rentenversicherung Bayern-Süd, MdL Christa Steiger für den Sozialausschuss des Bayeri-
31 schen Landtages und den örtlichen Direktor der AOK Nürnberg. Mit den ReferentInnen wurden die
32 politischen Reformvorhaben der Bundesregierung diskutiert und bewertet, Fragen zur Beitrags- und
33 Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Sozialversicherung erörtert und Alternativvorschläge für eine
34 Stärkung der Einnahmehasis der Sozialversicherungszweige vor allem unter dem Gesichtspunkt so-
35 zialer Gerechtigkeit diskutiert. Schwerpunkte dabei waren das SPD-Bürgerversicherungsmodell in der
36 Krankenversicherung (logischerweise noch basierend auf den Beschlusslagen aus 2004/05 und nicht
37 auf den erst vor Kurzem bekannt gewordenen neuen Vorschlägen), Alternativen zur „Rente mit 67“
38 und die Frage, ob und ggf. in welchem Umfang künftig Leistungen der Sozialversicherung aus dem
39 Steuertopf finanziert werden sollten, was eine partielle Abkehr von beitragsfinanzierten Umlageverfah-
40 ren bedeuten würde. Aus dem Kreise der teilnehmenden Jusos schloss sich eine rege Diskussion mit
41 den ReferentInnen auf dem Podium an.

1 Am 05. Dezember 2010 veranstaltete die sozialpolitische Kommission in Nürnberg ein Tagesseminar
2 mit dem Titel „Exklusion & Armut“. Folgende Inhalte wurden den Teilnehmenden dabei vermittelt: Zah-
3 len und Fakten zur aktuellen Verteilungslage und Armutsentwicklung in Deutschland, Überblick über
4 aktuelle Entwicklungen im Bereich der Sozialtransfers (Hartz IV, AufstockerInnen, etc.) und prekärer
5 Beschäftigung/Niedriglohnsektor, Folgen sozialer Ausgrenzung in der Gesellschaft und Ansätze zur
6 wirksamen Bekämpfung von Armut; hier im Speziellen anhand bereits existierender Beschlusslagen
7 der Jusos Bayern oder der bayerischen SPD. Die Seminarkritik der Teilnehmenden fiel sehr positiv
8 aus, sie brachten einhellig zum Ausdruck, dass für dieses aktuelle und weite Themenfeld Woche-
9 nendseminare wünschenswert wären.

10 Vom 18.-20. März fand das innerhalb der sozialpolitischen Kommission konzipierte Wochenendsemi-
11 nar „Migration und Integration“ in Nördlingen statt. Seminarinhalte waren: eine Einführung am Freitag
12 Abend: Darstellung der aktuellen Ein- und Auswanderungssituation, Zahlen und Fakten, „Wie kom-
13 men die Menschen nach Deutschland?“, „Wer lebt hier?“. Der Samstag war unterteilt in die drei The-
14 menblöcke: Asylrecht, Integrationsdebatte: Kann man Integration erzwingen? und „Islamdebatte und
15 neuer Rassismus“. Zu allen Themenbereichen gab es jeweils eine kurze Einführung, Lektürephasen in
16 Arbeitsgruppen und ausführliche Diskussionsrunden im Plenum. Am Sonntag Vormittag wurden De-
17 batten nochmals kanalisiert und Arbeitsgruppen mit den Themenschwerpunkten Integration bei Bil-
18 dung, am Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Leben durchgeführt.

19 **4.6 Kommission „Umweltpolitik“**

20 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

21 **4.7 Kommission „Wirtschaftspolitik“**

22 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

23 **4.8 Junge ArbeitnehmerInnen Bayern (JAB)**

24 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

25 **4.9 Juso-Hochschulgruppen (LKT)**

26 Bei den regelmäßig stattfindenden Landeskoordinierungstreffen waren oft nur wenige Hochschulgrup-
27 pen anwesend. Auch bei den beiden Bundeskoordinierungstreffen hätte die bayerische Beteiligung
28 besser sein können. Eine erste Telefonkonferenz, die nun regelmäßig die Kommunikation zwischen
29 den Landeskoordinierungstreffen verbessern soll, hat bereits stattgefunden. Das für das Wintersemes-
30 ter gemeinsam mit Baden-Württemberg geplante Seminar musste leider mangels genügend Anmel-
31 dungen abgesagt werden. Bei Neuwahlen wurde der langjährige Landeskoordinator Daniel Mann von
32 Laura Hoffmann abgelöst. Kurz darauf fand ein Treffen mit Isabell Zacharias statt, welches dazu die-
33 nen sollte, Informationen auszutauschen und ein gemeinsames Arbeitsprogramm von Hochschulgrup-
34 pen und Landtagsfraktion zu erarbeiten.

35 **4.10 Juso-SchülerInnen Bayern (JSB)**

36 - wird auf der Landeskonzferenz ergänzt -

1 **5. Schulungsarbeit**

2 2010/11 hat eine Vielzahl von Seminaren zu einem weiten Spektrum von Themen stattgefunden. Im
3 Durchschnitt fand mehr als ein Seminar pro Monat statt. Die Seminarkritiken waren weit überwiegend
4 positiv.

5 Der Landesvorstand hat ab November 2011 die Struktur der Schulungsarbeit verändert. Statt einzel-
6 ner Einladungen zu jedem Seminar an einen speziellen Verteiler gibt es ein Seminarprogramm, das
7 einmal im Jahr an alle Juso-Mitglieder verschickt wird; die einzelnen Seminare werden nur noch elekt-
8 ronisch beworben. Dieses Seminarprogramm ist insgesamt gut angenommen worden.

9 Zwei geplante Seminare mussten mangels Anmeldungen abgesagt werden. Besonders ärgerlich ist,
10 dass dabei mit dem Gleichstellungsseminar ein Thema betroffen war, das für die Jusos Bayern einen
11 sehr hohen Stellenwert hat. Bei einigen anderen Seminaren gab es nur niedrige TeilnehmerInnen-
12 Zahlen. Ein zunehmendes Problem sind Absagen unmittelbar vor Seminaren oder Nicht-Erscheinen
13 trotz Anmeldung. Mit dem neuen Seminarprogramm wird der Landesvorstand daher die Regress-
14 Regelungen verschärfen müssen.

15 Daneben zeigen sich bei der Schulungsarbeit auch organisatorische Probleme: Die Arbeit stützt sich
16 zur Zeit auf wenige Personen, die sehr viele Seminare teamen. Entsprechend hoch ist die Arbeitsbe-
17 lastung dieser. Es muss daher gelingen, wieder mehr GenossInnen in die Durchführung der Seminare
18 einzubinden. Im Arbeitsprogramm werden dafür Vorschläge gemacht.

19 **6. Publikationen/Internet**

20 Als „große“ neue Publikation ist 2010/11 die Faust zum Thema „Rechtsextremismus“ entstanden.
21 Diese war zugleich die erste, die nach dem Wechsel der Agentur erschien. Es hat sich auch bei der
22 Entstehung dieser Faust gezeigt, dass die ehrenamtliche Betreuung der Faust und der mit ihr verbun-
23 dene Anspruch an die Qualität der Artikel hohen (und notwendigen) Aufwand nach sich zieht, der
24 auch zu Zeitverzögerungen führt. Der Dank für die aktuelle Faust geht an Nicole Bormann und vor
25 allem auch an Thomas Witzgall, der sehr intensiv die Endredaktion betreut hat.

26 Thomas Witzgall hat auch wesentlich die vielfältigen Aufkleber zum Thema „Rechtsextremismus“ ent-
27 wickelt, die bei den Jusos Bayern 2010/11 erschienen sind. Die JAB hat 2010 eine Postkarten-Serie
28 zu wichtigen arbeitsmarktpolitischen Themen entwickelt, das LKT wird zum Semesterbeginn im Mai
29 2011 eine Postkartenaktion zur Abschaffung der Studiengebühren starten (gemeinsam mit Campus-
30 Grün). Weitere Publikationen hat es 2011 nicht gegeben. Zwei Faust-Ausgaben sind wegen beste-
31 hender Nachfrage nachgedruckt worden, die geplante Ausgabe der SchülerInnenzeitung „Pulse“
32 konnte bisher nicht realisiert werden.

33 Der Internetauftritt der Jusos Bayern wird regelmäßig aktualisiert. Eine Umgestaltung des „Frontends“
34 bzw. ein Wechsel des „Backends“ hat 2010/11 nicht stattgefunden, da die Suche nach einem Ersatz-
35 system wesentlich länger als vermutet gedauert hat. Die Suche wurde im Frühling 2011 erfolgreich
36 beendet und der Landesvorstand hat bereits auch die Mittel für die Anschaffung eines neuen Systems
37 beschlossen, mit dem die Homepage auf den aktuellen Stand der Technik gebracht und die techni-
38 schen Möglichkeiten erweitert werden können. Ob außer der strukturellen Umgestaltung der Homepa-
39 ge auch eine graphische Umgestaltung folgen soll – und ob dies finanziert werden kann bzw. muss –
40 wird der neue Landesvorstand entscheiden.

41 Der Newsletter ist regelmäßig verschickt worden. Er informiert weiterhin mit einer großen Abdeckung
42 über die Arbeit des Landesverbands und die anstehenden Veranstaltungen. Ergänzt wird er seit 2010

1 von der Facebook-Seite, die ebenfalls die Inhalte der Homepage spiegelt und gut (aber immer noch
2 ausbaufähig) angenommen wird.

3 **7. Öffentlichkeitsarbeit und öffentliche Wahrnehmung**

4 Die Jusos Bayern haben sich 2010 und 2011 mit etwa 25 Pressemitteilungen zu Wort gemeldet. Die
5 Spanne der Themen war dabei vielfältig, von der Friedenspolitik über die Steuerpolitik bis hin zur
6 BayernLB.

7 Dabei zeigt sich (erwartungsgemäß), dass die Wahrnehmung der Jusos dann besonders groß ist,
8 wenn die Auseinandersetzung nicht mit dem politischen Gegner, sondern notwendigerweise mit der
9 eigenen Partei geführt wird. Dies gilt für die Diskussion mit der Landtagsfraktion um Alkoholverbote im
10 vergangenen Sommer, für die Auseinandersetzung um den Kurs der BayernSPD zum Jahreswechsel
11 und zuletzt für die Diskussion um das zurückgezogene Parteiordnungsverfahren gegen Sarrazin. Ge-
12 rade beim letzten Thema sind die Jusos Bayern bundesweit zitiert worden.

13 Dagegen fällt die Aufmerksamkeit für Themen, die den politischen Gegner oder allgemeine Positionie-
14 rungen betreffen ab. Zwar laufen auch einige dieser Themen (z.B. zuletzt die „stillen Feiertage“, auch
15 die Berichterstattung zur Herbst-Landeskonferenz), die Masse geht aber unter. Dies liegt natürlich
16 teilweise daran, dass auch Äußerungen von „wichtigeren“ Quellen (wie der Landtagsfraktion, der
17 BayernSPD oder des Juso-Bundesverbands) Priorität bei den Medien haben. Es liegt aber natürlich
18 auch daran, dass die Verankerung des Juso-Landesverbands als Ansprechpartner bei inhaltlichen
19 Auseinandersetzungen weiter ausbaufähig ist.

20 **8. Bündnisarbeit**

21 Nachdem im ersten Halbjahr des Zeitraums 2010/11 kaum Bündnisarbeit stattfand, hat sich diese im
22 zweiten Halbjahr intensiviert, bleibt aber noch ausbaufähig. Stattgefunden hat ein Treffen des Landes-
23 vorstands mit dem Landesvorstand der Grünen Jugend im Dezember 2010. Im Januar 2011 war der
24 DGB-Landesjugendsekretär Mario Patuzzi im Juso-Landesvorstand zu Gast; vereinbart wurde dabei
25 auch ein regelmäßiger Austausch zwischen DGB-Jugend und Jusos. Der Landesvorsitzende war beim
26 BJR-Hauptausschuss im März 2011 zu Gast; am Rande des Hauptausschusses wurde auch verein-
27 bart, künftig die Zusammenarbeit zwischen den „Arbeiterjugendorganisationen“ und den Jusos wieder
28 auf Landesebene stattfinden zu lassen.

29 Innerverbandlich haben die Jusos Bayern 2010/11 intensiv die Arbeit des Juso-Bundesverbandes
30 begleitet. Mit Simone Burger sind wir im Juso-Bundesvorstand vertreten, die Perspektivwochenenden
31 sind von den Jusos Bayern regelmäßig gut besucht. Auch der Austausch mit befreundeten Landes-
32 verbänden findet regelmäßig statt, vor allem Sebastian Roloff übernahm die Vertretung auf diversen
33 Landeskonferenzen.

34 International hat 2010 vor allem der Austausch mit Young Labour und der Meretz-Youth aus Israel
35 stattgefunden. Im Dezember 2010 gab es noch ein Gespräch mit dem israelischen Botschafter für die
36 deutsch-israelischen Jugendbeziehungen. Ein Treffen der Alpeninternationalen konnte wegen organi-
37 satorischer Probleme bei den anderen beteiligten Verbänden trotz regelmäßiger Initiativen der Interna-
38 tionalen Kommission nicht stattfinden. Am IUSY-Festival 2011 werden sich die Jusos Bayern beteiili-
39 gen.

1 **9. Mitgliederentwicklung**

2 Die Mitgliederzahl der Jusos Bayern ist weiter rückläufig. Ende April 2011 hatten die Jusos Bayern
3 noch gut 7.100 Mitglieder, gegenüber Anfang Januar 2010 ist dies ein Rückgang von gut 2,5 Prozent
4 (Vergleichszahlen näher zur Landeskonferenz im April 2010 liegen wegen der damaligen Umstellung
5 der Mitgliederverwaltung nicht vor). Wesentlicher Grund für den Rückgang ist dabei die „Bioklippe“: Es
6 gab lediglich 53 Austritte, aber 1072 Abgänge wegen Erreichen des 35. Lebensjahres oder durch
7 Wegzüge (saldiert mit den Zuzügen). 940 Eintritte konnten dies nicht vollständig ausgleichen. Bei den
8 Bezirken weist Unterfranken einen sehr deutlich positiven Trend (+4,25 Prozent) auf. Alle anderen
9 Bezirke haben rückläufige Mitgliederzahlen, wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägt.

10 Der Frauenanteil unter den Mitgliedern ist sehr leicht angestiegen. Lag er Anfang Januar 2010 bei
11 28,8 Prozent, lag er Ende April 2011 bei 28,9 Prozent. Der Frauenanteil liegt bei den SPD-Mitgliedern
12 unter 35 deutlich niedriger als bei den „Nur-Juso-Mitgliedern“ (28,7 zu 31,7 Prozent). Bei den Bezirken
13 liegen Niederbayern und die Oberpfalz beim Frauenanteil über 30 Prozent, den niedrigsten Frauenan-
14 teil weist Unterfranken auf, dort ist gleichzeitig auch der Rückgang des Frauenanteils deutlich am
15 stärksten.

16 Stark unterschiedlich ist die Zahl der „Nur-Juso-Mitglieder“ (NTRs). Im gesamten Landesverband ma-
17 chen diese knapp 7 Prozent aller Mitglieder aus. In Niederbayern und in Unterfranken liegt der Anteil
18 bei über 11 Prozent, in der Oberpfalz dagegen nur bei knapp 3 Prozent. Bei den Frauen ist der Anteil
19 der NTRs höher, er reicht von gut 14 Prozent in Unterfranken bis zu 3,3 Prozent in der Oberpfalz, für
20 den gesamten Landesverband beträgt er 7,5 Prozent. Wegen der Statistik-Umstellung liegen keine
21 Vergleichszahlen zum Vorjahr vor.

1 Gleichstellungsbericht des Juso-Landesvorstands für die Amtszeit 2010/11

3 1. Politische Rahmenbedingungen

4 Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt Frauenpolitik weiterhin faktisch nicht. Die Frauenministerin versteht sich ausschließlich als Ministerin für Familien. Die Gleichsetzung von Frauen- mit Familienpolitik wird weiter vorangetrieben. Gleichzeitig wird tradiertes Rollenverhalten wieder „hoffähig“ gemacht: Die Einführung der Pflegezeit ist hierfür ein Beispiel, wo insbesondere an Frauen die Erwartungshaltung transportiert wird, vorrangig für die Pflege der Angehörigen zuständig zu sein und nur nachrangig – und unter Verzicht auf Einkommen – einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Auch der von der schwarz-gelben Regierung angekündigte Ausbau der „Vätermonate“ beim Elterngeld ist gestrichen worden; damit hätte zumindest eine etwas bessere Aufteilung der Familienarbeit erreicht werden können. Neben diesen familienpolitischen Komponenten findet Frauenpolitik in der Regierung nicht statt – und vor allem nicht im zuständigen Ministerium.

14 In der Gesellschaft ist dagegen zumindest ein Aspekt von Frauenpolitik in die Diskussion gekommen: die mangelnde Beteiligung von Frauen an Führungspositionen. Entsprechende Initiativen sind im „Mainstream“ angekommen, die Quote für Aufsichtsräte und Vorstände ist kein Tabu mehr. Es deutet sich an, dass auf den aufkommenden Druck, Frauen stärker an Führungsaufgaben in Unternehmen reagiert werden könnte. Die Bundesregierung allerdings versucht, diese Debatte abzubiegen. Mit einer erneuten, unverbindlichen „Selbstverpflichtung“ der Wirtschaft – die schon unter Schröder grandios gescheitert ist – soll das Thema „abgebogen“ werden.

21 Trotz dieses einen Themas ist aber weiterhin zu beobachten, dass der „Rollback“ in der Frauenpolitik auch gesellschaftlich anhält. Zwar ist vor allem das Thema „Frauen und Erwerbsarbeit“ mittlerweile positiv besetzt. Nach wie vor dominiert aber die Annahme, dass Erwerbsarbeit für Frauen vor allem eine „Nebenbeschäftigung“ neben der Familienarbeit ist. Auch das ist ein Grund dafür, dass Frauen überproportional häufig in Mini- und in anderen Niedriglohnjobs anzutreffen sind, auch bei Teilzeitarbeit sind sie erheblich überrepräsentiert. Anders als die mangelnde Vertretung in Führungspositionen werden diese Themen aber nicht breit diskutiert, obwohl sie für die Mehrheit der Frauen bedeutender sein dürften als die Frage der Führungspositionen – auch wenn auch hier dringender Handlungsbedarf besteht und von den Jusos auch eingefordert wird.

30 Es muss das Ziel sozialistischer Politik bleiben, zu einer hälftigen Teilung der Familien- wie der Erwerbsarbeit zu kommen. Dabei ist mit entsprechenden politischen Konzepten „nachzuhelfen“, aber auch dadurch, dass die Linke den Diskurs über Geschlechtergerechtigkeit wieder in die Diskussion trägt. Derzeit ist aber das Gegenteil zu beobachten: Auch die SPD ist keine Partei, die in ihrer Breite über Feminismus diskutiert und daraus politisches Handeln ableitet. Im Gegenteil wird das Thema in der SPD an die AsF „abgeschoben“. Und auch in der SPD gilt Familienpolitik als populärer und als Ersatz für Frauenpolitik. In der zweiten Regierung Schröder war dies bereits offensichtlich, seitdem hat die Entwicklung auch in der SPD aber weiter zugenommen. Für die Jusos ist das ein nicht zu akzeptierender Zustand.

1 **2. Schwerpunktthema im Landesverband**

2 Der Juso-Landesverband hat sich als ein Schwerpunktthema 2010/11 den Komplex „Gleichstellung“
3 gesetzt. Gemessen an der Vorgabe „Schwerpunktthema“ ist das Thema allerdings deutlich zu kurz
4 gekommen.

5 Gleichstellung wird Hauptthema der Landeskonzferenz im Mai 2011 sein. Ursprünglich war das Ziel,
6 neben einer kompetenten Referentin – die mit Inge Wettig-Danielmeier gewonnen werden konnte –
7 mit dem Leitantrag auch eine Diskussion im Verband anzustoßen. Dies ist aber nicht gelungen. Zwar
8 wurde vor der Erstellung des Leitantrags ein Thesenpapier erarbeitet und an alle Untergliederungen
9 verschickt, einen Rücklauf gab es jedoch nicht. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass das The-
10 senpapier wegen organisatorischer Probleme deutlich kurzfristiger entstand und entsprechend knapp
11 erst drei Wochen vor dem Antragsschluss verschickt wurde. Daher war auch das Angebot, zur Dis-
12 kussion in die Untergliederungen zu kommen, weitgehend erfolglos.

13 Ein Projekt beim Schwerpunktthema war weiterhin die Ausschreibung eines Aktionspreises zum Inter-
14 nationalen Frauentag, der sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährte, sowie zum Equal-Pay-Day. Auch
15 hier gab es aber so gut wie keine Rückmeldungen, es ging nur ein Beitrag ein. Auch mit diesem Pro-
16 jekt ist es also nicht gelungen, das Thema „Gleichstellung“ in den Verband zu tragen und zur Diskus-
17 sion anzuregen.

18 Entwickelt wurde als dritter Baustein ein Seminar zum Thema Gleichstellungspolitik. Dies musste aber
19 wegen nur zweier Anmeldungen (trotz intensiver Werbung) abgesagt werden.

20 Insgesamt ist es also auf Landesebene kaum gelungen, das Thema Gleichstellung so zu besetzen,
21 dass es breite Resonanz im Verband gab. Es ist Aufgabe des nächsten Landesvorstands, daraus
22 Konsequenzen abzuleiten und neue Ideen zu entwickeln, um das Thema stärker im Verband zu ver-
23 ankern. Dabei kann auch auf Erfahrungen aus den Bezirken zurückgegriffen werden. Zwei Bezirke
24 haben das Thema Gleichstellung sehr prominent in ihren Arbeitsschwerpunkten verankert. Der Bezirk
25 Unterfranken hat eine Gleichstellungskampagne mit Postkarten und Plakaten aufgesetzt. Der Bezirk
26 Oberbayern führt in allen Unterbezirken und zentral für den Bezirk Gleichstellungskonferenzen durch.
27 Beide Projekte sollte der Landesverband beobachten, auswerten und dann überlegen, wie diese auf
28 die Landesebene übertragen und/oder in anderen Bezirken aufgegriffen werden können.

29 **3. Mitgliederentwicklung und Beteiligung von Frauen an der Verbandsarbeit**

30 Seit Januar 2010 hat sich der Frauenanteil im Verband nur geringfügig verändert. Er lag Ende April
31 2011 bei 28,9 Prozent und damit um 0,1 Prozentpunkte höher als im Januar 2010. Dabei ist der Frau-
32 enanteil bei den SPD-Mitgliedern unter 35 deutlich niedriger als bei den „Nur-Juso-Mitgliedern“ (28,7
33 zu 31,7 Prozent); dies kann auch deshalb zum Problem werden, weil die Partei die zeitliche Begren-
34 zung der nur-Juso-Mitgliedschaft mittlerweile deutlich restriktiver handhabt, was Auswirkungen auf den
35 Frauenanteil im Verband haben dürfte (zumal „Nur-Juso-Mitglieder“ häufiger im Verband aktiv sind als
36 SPD-Mitglieder unter 35). Bei den Bezirken liegen Niederbayern und die Oberpfalz beim Frauenanteil
37 über 30 Prozent, den niedrigsten Frauenanteil weist Unterfranken auf, dort ist gleichzeitig auch der
38 Rückgang des Frauenanteils deutlich am stärksten.

39 Der Juso-Landesvorstand war 2010/11 mit 8 Frauen zu 7 Männern quotiert. Im Juso-Bundesvorstand
40 wird Bayern durch eine Frau vertreten, im SPD-Landesvorstand dagegen nur durch zwei Männer. Von
41 den sieben Bezirken haben zwei, Schwaben und Unterfranken, Frauen als Vorsitzende. Auch die Be-
42 zirksvorstände sind durchgängig quotiert, in den meisten Fällen auch besser als 40:60. Auch die Lei-

1 tungen der Kommissionen der Jusos Bayern sind durchgängig quotiert, gleiches gilt für die bayerische
2 Besetzung der Perspektivwochenenden des Bundesverbands.

3 Trotzdem ist die Welt bei den Jusos Bayern nicht in Ordnung. Nach wie vor sind Frauen in der fakti-
4 schen Verbandsarbeit deutlich schlechter repräsentiert als Männer. So zeichnet sich ab, dass der
5 Landesvorstand 2011/12 knapper quotiert sein wird und es Mitte April zwar schon 8 namentlich be-
6 kannte männliche Kandidaturen, aber nur 5 namentlich bekannte weibliche Kandidaturen gab. Damit
7 drohen die Jusos Bayern wieder in eine Situation zurückzufallen, in der Frauen überredet werden, für
8 den Landesvorstand zu kandidieren, um die Quote sicherzustellen und männliche Kandidaturen „ab-
9 zusichern“. Dies ist kein akzeptabler Zustand für die Jusos Bayern. Entsprechend muss der Landes-
10 vorstand 2011/12 sich mit dem Problem befassen, warum die Mitarbeit im Landesvorstand für Frauen
11 derzeit offensichtlich weniger attraktiv ist als für Männer – und wie sich dies ändern lässt.

12 Auch bei den Vorständen vor Ort ist die Quotierung in vielen Fällen nicht erfüllt. Unter den Aktiven ist
13 der Frauenanteil dann nochmals deutlich geringer.

14 Frauen sind nach wie vor deutlich häufiger als Männer in mehreren Gremien gleichzeitig vertreten,
15 weil sie dazu aufgefordert werden, „um die Quote zu erfüllen“. Entsprechend ist die Arbeitsbelastung,
16 die Frauen im Verband tragen, höher als die von Männern, die sich auf weniger Ämter konzentrieren
17 können. Auch dies erklärt, warum die Präsenz von Frauen in der tatsächlichen Arbeit des Verbandes
18 geringer wahrgenommen wird als die von Männern – sie findet an verschiedenen Stellen statt. Des-
19 halb bleibt es zentrale Aufgabe für den Juso-Landesverband, mehr Frauen für die Mitarbeit bei den
20 Jusos zu gewinnen.

1 **Antragsnummer: A10**

2 **AntragstellerInnen:** Juso – Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

4

5

6 **Inklusion verwirklichen**

7

8

9 Es gibt offiziell 482 415 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in
10 Deutschland. Dies entspricht einem Anteil von 6 %.

11 76,3 % der AbsolventInnen von Förderschulen erreichen nicht einmal einen
12 Hauptschulabschluss¹. Dieser Zustand ist für uns Jusos nicht hinnehmbar.

13 Bereits 2006 verabschiedete die UN-Vollversammlung die Konvention über die Rechte von
14 Menschen mit Behinderungen. Deutschland hat diese Konvention unterzeichnet und
15 ratifiziert, verändert hat sich dadurch faktisch aber so gut wie nichts.

16 In der UN-Konvention ist festgeschrieben, dass alle Menschen Zugang zum allgemeinen
17 Schulsystem – und somit den allgemeinen Schulen – erhalten müssen.

18 Von einem inklusiven Bildungssystem ist Deutschland jedoch weit entfernt.

19 Menschen mit Beeinträchtigungen werden in unserem Schulsystem auch weiterhin auf
20 sogenannte Förderschulen abgeschoben, wo sie in vielen Fällen keinen Schulabschluss
21 erreichen.

22 Wir Jusos setzen die Unterschiedlichkeit der Menschen voraus und schließen daraus, dass
23 es keinen Grund gibt einzelne Menschen aufgrund ihrer Andersartigkeit auf eigene Schulen
24 zu schicken. Wir begreifen Vielfalt als eine Bereicherung für die Gesellschaft.

25 In der UN-Konvention geht es in erster Linie um ein neues Denken. Sie gibt allen Menschen
26 das gleiche Recht auf Bildung und geht von der Individualität eines jeden Menschen aus.
27 Menschen sollen gemessen an ihrer individuellen Förderbedürftigkeit gefördert werden und
28 nicht gemessen an Schulleistungen.

29 Diesen Denkansatz gilt es nun in unserer Gesellschaft zu verfestigen.

30 Nicht nur Menschen mit Beeinträchtigung profitieren von einem inklusiven Bildungssystem
31 sondern alle. Gemeinsames Lernen fördert nicht nur die kognitiven Fähigkeiten sondern
32 insbesondere die sozialen und mitmenschlichen Umgangsformen. Diese Umgangsformen zu
33 fördern stellt für uns eine elementare Aufgabe von Bildungseinrichtungen dar.

34 Für die Umsetzung der inklusiven Bildung braucht es eine inklusive Schul- und
35 Unterrichtskultur.

36 Schule und Unterricht müssen neu und anders gedacht werden. Inklusive Bildung bedeutet,
37 dass nicht möglichst homogene Gruppen gebildet werden, sondern in heterogenen Gruppen
38 binnendifferenziert gelernt und gearbeitet wird.

1 Inklusive Bildung stellt auf die Einzigartigkeit des Menschen ab und stellt diesen als
2 Individuum in den Mittelpunkt.

3 Inklusive Bildung ist nur möglich, wenn unterschiedlich qualifizierte PädagogInnen
4 gemeinsam arbeiten. Deshalb müssen in inklusiven Schulen pädagogische Teams aus
5 mehreren Personen mit unterschiedlichen Qualifikationen zusammenarbeiten.

6 In Zukunft muss die inklusive Pädagogik außerdem zu einem selbstverständlichen Teil der
7 LehrerInnenausbildung und –fortbildung werden.

8

9 Wir Jusos fordern, dass die Konsequenzen aus der UN-Konvention über die Rechte von
10 Menschen mit Behinderungen nicht länger ein theoretisches Recht auf einen Platz in einer
11 Regelschule bedeutet sondern dass neue Konzepte und konkrete Aktionspläne für die
12 Umsetzung einer inklusiven Bildung in Deutschland entwickelt und umgesetzt werden.

13

14

15 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

16

1 **Antragsnummer: A11**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

4

5

6 **Zurücksetzen der Kleinbetriebsklausel auf einen Arbeitnehmer**

7

8

9 **Wir fordern eine Zurücksetzung der Kleinbetriebsklausel des § 23 Abs. 1 KSchG auf**
10 **einen Arbeitnehmern. Und somit eine Abkehr von den seit dem 31.12.2003 geltenden**
11 **10 Arbeitnehmern.**

12 Die Kleinbetriebsklausel gem. § 23 Abs. 1 KSchG legt die Grenze fest, wie viele
13 Arbeitnehmer in einem Betrieb beschäftigt werden müssen, damit das
14 Kündigungsschutzgesetz Anwendung finden kann.

15 Bis zum 31.12.2003 war der Schwellenwert bei fünf Arbeitnehmern seit diesem Datum gilt für
16 Neueinstellungen der Schwellenwert von 10 Arbeitnehmern.

17

18 **Dies birgt 3 wesentliche Probleme:**

19 1. Betriebe die seit dem 31.12.2003 die Schwelle der fünf Arbeitnehmer überschritten haben
20 fallen nach der heute geltenden Regel nicht unter den Anwendungsbereich des
21 Kündigungsschutzgesetzes. Das heißt diese Arbeitnehmer stehen ohne den essenziellen
22 Schutz des KSchG da, obwohl sie nach der alten Regelung nun hätten geschützt sein sollen.
23 Es ist unter sozialen Aspekten kaum zu verstehen, warum Arbeitnehmer bis zu einem derart
24 hohen Schwellenwert nahezu schutzlos einer Kündigung gegenüberstehen sollen. Es ist
25 kaum hinnehmbar, dass bis zu dem Schwellenwert von 10 Arbeitnehmern diese einem derart
26 hohen Risiko der Kündigung ausgesetzt sind und damit auch ihre Existenzgrundlage
27 jederzeit gefährdet ist. Dies ist mit einer vorausschauenden Lebensplanung kaum zu
28 vereinbaren.

29 2. Dies bedeutet auch, dass in einem Betrieb der den alten Schwellenwert bereits
30 überschritten hatte, aber den neuen noch nicht überschreitet, die „Alt-Arbeitnehmer“, die ihre
31 Beschäftigung vor dem 31.12.2003 aufgenommen haben, noch unter den Schutz des KSchG
32 fallen, während die neuen Arbeitnehmer, die ihre Beschäftigung nach dem 31.12.2003
33 aufgenommen haben, dagegen nicht geschützt sind. Dies erscheint ungerecht, insbesondere
34 unter dem Aspekt, dass es von Zufälligkeiten abhängen mag, ob man seine Arbeit nun in
35 dem einen oder anderen Monat aufgenommen hat. Auch wird es den neuen Mitarbeitern
36 gegenüber schwer vermittelbar sein, dass die „alt-Arbeitnehmer“ den Schutz des KSchG
37 genießen, während sie selbst so gut wie keinen Schutz vor Kündigung haben.

1 3. ergibt sich gegenüber den „alt-Arbeitnehmern“ das Problem, dass diese nur geschützt sind,
2 solange der „virtuelle Altbetrieb“ noch besteht. Sinkt also der Arbeitnehmerbestand, der zum
3 Zeitpunkt des 31.12.2003 vorlag, auf fünf oder weniger Arbeitnehmer ab, verlieren die übrig
4 gebliebenen „Alt-Arbeitnehmer“ damit auch ihren Kündigungsschutz. Ersatzeinstellungen für
5 ausscheidende „Alt-Arbeitnehmer“ bleiben also gänzlich unberücksichtigt. So dass durch
6 Kündigung und Rente tatsächlich auch die meisten Alt-Arbeitnehmer mittlerweile ihren
7 Kündigungsschutz verloren haben dürften. Dies erscheint jedoch höchst ungerecht, dass
8 diese Arbeitnehmer ihren Kündigungsschutz verlieren sollen, obwohl sie weiterhin in dem
9 gleichen Betrieb tätig sind, indem sie ursprünglich Kündigungsschutz genossen haben.

10

11 Dies sind allein die Probleme, die sich durch die Umstellung des alten auf den neuen
12 Schwellenwert ergeben.

13 Darüber hinaus muss jedoch auch gesagt werden, dass schon allein ein derart hoher
14 Schwellenwert aus sozialen Gründen nicht wünschenswert erscheint. Ein Arbeitnehmer
15 zeichnet sich typischerweise dadurch aus, dass seine Existenzgrundlage von dem Behalten,
16 oder nicht Behalten seines Arbeitsplatzes abhängt. Der Arbeitnehmer ist in
17 außergewöhnlichem Maße sozial schutzwürdig, um zu gewährleisten, dass er seine
18 Lebensgrundlage sichern kann.

19 Ein derart hoher Schwellenwert kann diesem sozialen Schutz nicht gerecht werden, denn
20 hierdurch werden zahllose Arbeitnehmer nahezu schutzlos gestellt.

21

22 Die Arbeitnehmer, die in einem Betrieb von nur 10 Arbeitnehmern und weniger arbeiten,
23 dürfen nicht generell aus dem Schutzbereich des KSchG ausgenommen werden.

24 Daher sollte der Schwellenwert für die Anwendbarkeit des KSchG auf den alten
25 Schwellenwert von fünf Arbeitnehmern zurückgesetzt werden.

26 Auch wäre diese Regelung für die Arbeitgeber durchaus hinnehmbar und verhältnismäßig.
27 Da diese bei dringenden betrieblichen Erfordernissen, wenn also zum Beispiel die Existenz
28 des Betriebes als solches gefährdet erscheint, durchaus ihren Arbeitnehmern kündigen
29 können. Insofern berücksichtigt das KSchG durchaus auch die Interessen der Arbeitgeber,
30 wenn diese aus personenbedingten Gründen oder aus betrieblichen Erfordernissen ihren
31 Arbeitnehmer kündigen wollen.

32

33 Insgesamt würde der dringend erforderliche Schutz der Arbeitnehmer durch die
34 Herabsetzung des Schwellenwertes auf fünf Arbeitnehmer deutlich verbessert.

35 Letztlich ist es unsere Pflicht, wenn wir weiterhin als Sozialstaat gelten wollen, den Schutz
36 des Arbeitsplatzes zu gewährleisten und dem amerikanischen Prinzip von „hire and fire“ eine
37 deutliche Absage zu erteilen.

1

2 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

1 **Antragsnummer: C2**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
4 SPD-Bundesparteitag

5
6

7 **Wider der Extremismustheorie** 8 **Nein zur Extremismusklausel**

9
10

11 Das Extremismus-Schema, das seit ca. 1973 von den deutschen Behörden angewendet wird
12 um die äußersten Ränder des politischen Spektrums zu kategorisieren, beherrscht den
13 politischen Diskurs durch und durch. So legte das Bundesfamilienministerium unter
14 Ministerin Kristina Schröder ein Programm gegen Extremismus auf. Dies bedeutet in der
15 Realität nur, dass bestehende Gelder zum Kampf gegen Rechtsextremismus nun dem
16 Kampf gegen alle sogenannten Extremismusformen dienen sollen. Sprich, die einfache
17 Gleichsetzung von Linksextremismus mit dem Rechtsextremismus. Hinzu kommt nun noch
18 die Extremismusklausel, deren Unterzeichnung die Bedingung für Fördermittel vom Bund ist.

19

20 Das angesprochene Extremismus-Schema, welches sich aus der in der Wissenschaft hoch
21 umstritten Extremismustheorie ergibt, geht von einer konstruierten Normalverteilung
22 politischer Ansichten aus.

23 Es wird davon ausgegangen, dass die sogenannte politische Mitte demokratisch und
24 rechtsstaatlich ist, die jeweiligen linken und rechten Ränder hingegen antidemokratisch sind.
25 Dies wird vor allem an der bestehenden freiheitlichen Grundordnung und insbesondere auch
26 am bestehenden Verfassungsstaat festgemacht.

27 Allerdings verkennt dieses Schema massiv, dass es in der Gesellschaft keine
28 Normalverteilung gibt. Vielmehr sind Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus
29 und Sozialdarwinismus nicht nur an den Rändern der Gesellschaft zu finden, sondern
30 vielmehr die traurige Realität der sogenannten demokratischen Mitte.

31 Aufgrund der Historie hat man allen Grund von dieser Annahme auszugehen. Es waren die
32 christlichen und liberalen Abgeordneten der Mitte, die Hitlers Ermächtigungsgesetz billigten.
33 Ebenso der Terror der SA und der NationalsozialistInnen, der zu einem inszenierten
34 Bürgerkrieg führte, wurde von der bürgerlichen Ordnung gestützt.

35 So zeigt eine Studie der FES wie stark nationalsozialistisches Gedankengut noch in der Mitte
36 der Gesellschaft verankert ist. So bejahten 37 % der Befragten den Satz: „Die Ausländer
37 kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Ebenso ließ sich bei ca. 18 %
38 der Befragten eine antisemitische Einstellung feststellen. 11 % der Befragten gaben an,
39 dass der Nationalsozialismus seine guten Seiten hatte.

1 Aufgrund der Studie lässt sich bei ca. 9 % der Deutschen auf ein geschlossenes
2 rechtsextremes Weltbild schließen.

3 Dies zeigt deutlich wie sehr menschfeindliches Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft
4 verwurzelt ist. Es ist daher nicht verwunderlich, dass auch die Politik diese Einstellungen
5 immer mehr bedient.

6 Das zeigt etwa Roland Koch in seinen Wahlkämpfen oder Thilo Sarrazin mit seinen
7 sozialdarwinistischen Vorstellungen von der Wertigkeit von Menschen. Hierbei handelt es
8 sich um den „Extremismus der Mitte“, einer beschreibenden Theorie über antidemokratische
9 Tendenzen in der Gesellschaft, die international anerkannt ist, jedoch gerne von der
10 bürgerlichen Mitte in der BRD ausgeblendet wird.

11

12 Das Extremismus-Schema führt zu einer Gleichsetzung von Linksextremismus und
13 Rechtsextremismus. Dieses Schema setzt voraus, dass es sich um ähnliche Formen
14 handelt. Dabei ist weder historisch noch inhaltlich ein Indiz für eine Ähnlichkeit oder gar
15 gedanklicher Zusammenhang zu finden. Vielmehr ist historisch nie von Linksextremismus
16 gesprochen worden, nur der Begriff Rechtsextremismus ist historisch gebräuchlich gewesen.
17 Diese Formen von Begrifflichkeit des Extremismus wurden in den 1970ern vorangetrieben.
18 Den Begriff, den heute Behörden, Verfassungsschutzämter und die Bundeszentrale für
19 politische Bildung nutzen, stammt von Eckard Jesse. Jesse jedoch steht im äußerst engen
20 Kontakt zur Neuen Rechten, veröffentlichte ein Buch zusammen mit einem Holocaustleugner
21 und arbeitet eng mit bekennenden Nazis zusammen. Hier lässt sich erkennen, wessen Kind
22 in Deutschland die neue Einteilung in Extremismuskategorien ist. Dennoch wird Jesse
23 weiterhin von den staatlichen Institutionen hofiert.

24 Dieses Extremismus-Schema, mit dem Bild der guten demokratischen Mitte, verharmlost
25 somit die Dimension der Rechten Gefahr. Linksextremismus und Rechtsextremismus werden
26 auf die gleich Stufe gestellt, nämlich die gleiche Stufe der Verfassungsfeindlichkeit und die
27 gleiche Stufe der Gewaltbereitschaft. Damit wird den qualitativen Unterschieden nicht
28 ausreichend Rechnung getragen, zu wenig differenziert und es werden linke und
29 antifaschistische Aktivitäten zu leicht kriminalisiert.

30 Rechtsextremistische Gewalt richtet sich gegen unbeteiligte Menschen, deren Opferrolle sich
31 aus folgendem ergibt: die nicht beeinflussbare Herkunft, Hautfarbe oder sexuelle
32 Orientierung. Rechtsextreme Gewalt richtet sich geschlossen und massiv gegen alle, die
33 dem ideologischen Weltbild nicht entsprechen. Auch die schwere der Delikte der
34 Rechtsextremen sprechen eine klare Sprache: 137 Morde an Menschen, die nicht in das
35 rassistische Weltbild passten.

36

1 Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass es auch Gewalt bei angeblich linken
2 Gruppierungen gibt. Doch diese Gewalt ist nicht zielgerichtet und von ihrer Intensität weit
3 unter der Vernichtungslogik des Rechtsextremismus. Diese verurteilen die Jusos, da sie sich
4 für den gewaltlosen Widerstand in Form des zivilen Ungehorsams aussprechen. Wir Jusos
5 lehnen Gewalt gegen Menschen grundsätzlich ab, egal von welcher politischen Seite sie
6 ausgeübt wird.

7

8 Die Gleichsetzung und die Verwendung des Begriffes Linksextremismus erfolgen in der
9 öffentlichen Debatte oft bewusst mit Diffamierungsabsicht. Wo Linksextremismus beginnt
10 und endet bleibt mehr als schwammig und dient somit leicht dazu alle linken Positionen zu
11 diskreditieren. Denn nach dem jetzigen Maßstab fallen schnell linke Gruppierungen unter
12 den Extremismusverdacht, da sie das kapitalistische System in Frage stellen. Schnell sind
13 sie Verfassungsfeinde, obwohl das Grundgesetz sich nicht zum Kapitalismus oder einer
14 Wirtschaftsform bekennt. Mit solcher Vorgehensweise wird der Kampf gegen
15 Rechtsextremismus und Rassismus gezielt geschwächt.

16

17 Unter diesem Lichte ist die Extremismusklausel zu verstehen. Sie baut auf der
18 Extremismustheorie auf. Sie ist höchst bedenklich. Denn ab jetzt bekommt nur noch
19 diejenige Gruppierung eine Förderung, die im Verfassungsschutzbericht nicht als
20 extremistisch bzw. kapitalismusfeindlich eingestuft wird. Mit Hilfe des Verfassungsschutzes
21 findet eine Gesinnungsprüfung über die vermeintliche Verfassungstreue unter Rückgriff auf
22 geheimdienstliche Methoden statt. Somit definiert die Regierung welche Gruppierung als
23 verfassungsfeindlich gilt und welche nicht. Dieses Vorgehen ist klar antidemokratisch und
24 schützt bestimmt nicht die Demokratie, sondern höhlt sie aus.

25

26 Die alltägliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird von linken und
27 antifaschistischen Gruppen geführt. Sie sind es die sich für unsere Demokratie einsetzen
28 und dem Faschismus die Stirn bieten. Doch viele haben vom Verfassungsschutz den
29 Stempel „linksextrem“ bekommen und verlieren nun ihre Grundlage für den Kampf gegen
30 Rechtsextremismus aufgrund der Klausel. Viele Gerichtsverfahren zeigen, dass der
31 Verfassungsschutz oft grundlos Gruppierung als linksextrem bezeichnet, da diese sich etwa
32 kritisch mit dem Kapitalismus auseinandersetzen. Somit werden linke Gruppen kriminalisiert
33 und mit Rechtsextremen auf eine Stufe gestellt.

34

35 Daher fordern wir, dass endlich das Schwarz-weiß-Denken der Extremismustheorie beendet
36 wird. Wir lehnen ein solches undifferenziertes Denken ab und wehren uns dagegen, dass

1 linke Gruppierungen mit Rechtsextremen, RassistInnen, AntisemitInnen, StalinistInnen in
2 einen Topf geworfen werden und somit deren Gewalt verharmlost wird.

3 Die Extremismusklausel muss wieder zurückgenommen werden, da sie einen effektiven
4 Kampf gegen Rechtsextremismus verhindert und für einen demokratischen Staat nicht
5 tragbar ist.

6

7 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

1 **Antragsnummer: E8**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
4 SPD-Bundesparteitag

5

6

7 **Energiewende jetzt!**

8

9

10 Die Katastrophe in Japan hat es noch einmal gezeigt: Atomenergie ist nicht sicher und wird
11 niemals beherrschbar sein. Die Atomkraftwerke in Deutschland weiterlaufen zu lassen ist
12 daher unverantwortlich. Es ist offensichtlich, dass die von der Bundesregierung
13 beschlossene Laufzeitverlängerung ein fataler Fehler war, der sofort und ohne eine
14 dreimonatige Überprüfung rückgängig gemacht werden muss.

15

16 Die Jusos fordern daher nicht nur sofort zum alten Atomkompromiss mit dem endgültigen
17 Atomausstieg bis 2020 zurückzukehren sondern auch, die Atomkraftwerke, die vor 1984 in
18 Betrieb genommen wurden, sofort und endgültig abzuschalten.

19 Weiter fordern wir, dass die Standortfrage bei der Endlagerung erneut diskutiert und nach
20 wissenschaftlichen Kriterien entschieden wird und die durch die Endlagerung tatsächlich
21 anfallenden Kosten den Betreibern der Atomkraftwerke vollständig in Rechnung gestellt
22 werden.

23

24 Der Ausbau von erneuerbaren Energien muss selbstverständlich gleichzeitig weiter
25 vorangetrieben und gefördert werden.

26

27

28 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

29

1 **Antragsnummer: F6**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
4 SPD-Bundesparteitag

5

6

7 **Beste Bildung für Alle**

8

9

10 **Einleitung**

11 Jeder Mensch ist einzigartig. Jeder Mensch verfügt über besondere Potenziale und
12 Fähigkeiten. Für uns sind alle in ihrer Würde als individuelle Persönlichkeiten gleich wert,
13 gleich zu achten, gleich zu schützen und zu schätzen – unabhängig von ihrer individuellen
14 Fähigkeiten. Aber vor allem auch ungeachtet ihres Geschlechts, der sozialen und ethischen
15 Herkunft.

16 Wir gehen davon aus, dass Menschen – vor allem Kinder und Jugendliche – bildungsfähig
17 und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, unterschiedliche Interessen, Neigungen,
18 Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu stärken. Uns kommt es dabei auf den Menschen an.
19 Es geht deshalb nicht um wirtschaftliche oder unternehmerische Anforderungen. Für uns gilt:
20 Bildung ist ein Menschenrecht und ist damit ein öffentliches Gut.

21 Bildung muss die demokratische Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglichen.
22 Sie gewährleistet den Fortbestand und die Weiterentwicklung unserer demokratischen
23 Gesellschaft. Sie ist ein wichtiger Motor für echten Fortschritt, für die gerechte Umverteilung
24 gesellschaftlicher Macht und das Aufbrechen bestehender Eliten.

25 Bildung beinhaltet ein klares Bekenntnis zur sozialen Gleichheit aller Menschen und hat
26 deren Aufklärung und eine Veränderung zu einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel. Das ist
27 unsere Vision. Für uns ist klar, dass diese Vision nur erreicht werden kann, wenn Bildung
28 staatliche Aufgabe ist und auch bleibt.

29 Um unsere Vision von einer demokratischen, solidarischen Bildung umzusetzen, haben wir
30 anerkannte Instrumente, die es Schritt für Schritt zu erkämpfen gilt. Wir brauchen
31 frühkindliche Bildung, eine integrierte Gesamtschule – eine Schule für alle - eine
32 elternunabhängige, schuldenfreie Ausbildungsförderung, berufliche und allgemeine
33 Weiterbildung, die nicht an unternehmerischen Interessen ausgerichtet ist,
34 Bildungsmöglichkeiten für Ältere und natürlich mehr politische Bildung. Diese Bildung muss
35 staatlich und gut ausgestattet finanziert werden, denn für uns ist klar: Bildung ist kein
36 Kostenfaktor, sie dient dem individuellen und gesellschaftlichen Wohl und kann damit gerade
37 in der momentanen Krise einen Ausweg bedeuten.

38 Demokratische Mitbestimmung aller Beteiligten ist darüberhinaus eine Grundvoraussetzung

1 für ein egalitäres, solidarisches Bildungssystem. Wir setzen dem Konkurrenzdenken und
2 dem individuellen Wettbewerb ein solidarisches Bildungssystem entgegen. Wir wollen nicht,
3 dass Menschen gegeneinander ausgespielt werden, sondern wir kämpfen für ein
4 gemeinsames Lernen und Arbeiten im Team. Wir wollen Eltern bei der Erziehung nicht allein
5 lassen. Für uns ist klar: der Erziehungsauftrag gilt nicht nur für Eltern. Wir wollen Inklusion im
6 Bildungssystem. Inklusion ist die konsequente Weiterführung von Integration. Während der
7 Begriff „Integration“ nahe legt, darunter das Hereinnehmen eines Kindes in ein bestehendes
8 System zu verstehen, ohne das System substantiell zu verändern, geht Inklusion davon aus,
9 dass die Realisierung des Rechts aller Kinder auf gemeinsame Bildung und Erziehung nur
10 durch einen umfassenden Reformprozess zu realisieren ist.

11

12 Nur durch Kooperation und Beteiligung aller an gesellschaftlichen Prozessen kann die
13 Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und die wirkliche Gleichheit aller Menschen
14 gewährleistet werden.

15 Leider haben wir zurzeit in Bayern eine ganz andere Situation. Bildung, egal in welchem
16 Lebensalter, ist abhängig vom eigenen oder vom Geldbeutel der Eltern. Durch Strukturen
17 (Zuständigkeiten von Ministerien, Schulstruktur, Hochschulaufbau, etc.) werden
18 Bildungsmöglichkeiten für die meisten verbaut und nur wenige können sich gute Bildung
19 noch leisten. In Bayern entwickelt sich zunehmend eine Ständegesellschaft. Dies wollen wir
20 ändern! Bildung schafft nicht nur individuelle Teilhabe und Aufstieg, sondern
21 gesellschaftlichen Fortschritt. Deshalb ist Bildung eine öffentliche Aufgabe. Wir fordern, dass
22 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben investiert
23 werden.

24 Das Bildungssystem ist in den letzten Jahren ein zentrales Feld gesellschaftlicher
25 Auseinandersetzungen geworden. Die Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte,
26 Massenarbeitslosigkeit und prekärer Wohlstand wirken sich auf Bildungsfragen aus, auch
27 weil der Anspruch des „Aufstiegs durch Bildung“ nicht mehr verwirklicht werden kann. Zwar
28 verbessert Bildung die individuellen Chancen, Aufstieg und Wohlstand zu erreichen, es
29 garantiert sie aber nicht. Und die Steigerung der Chancen einer Person wird als Gefährdung
30 der Chancen anderer wahrgenommen, die den Aufstieg bereits absolviert haben und diesen
31 nun für sich und ihre Kinder absichern wollen. Auf der einen Seite verteidigen so diejenigen,
32 die den Aufstieg durch die sozialdemokratische Bildungsexpansion der 70er Jahre geschafft
33 haben in einer eigentümlichen Koalition mit den bürgerlichen Eliten ihren (oft prekären)
34 Wohlstand. Dies geschieht auch dadurch, dass versucht wird, das Bildungssystem so
35 auszugestalten, dass die eigenen Kinder klar separiert von den „Hartz-IV-Kindern“ zur Schule
36 gehen und hierarchisch über diesen das Bildungssystem verlassen.

37 Auf der anderen Seite steht eine größer werdende Gruppe von Menschen, die für sich und

1 auch für ihre Kinder resigniert haben. Sie beantworten die Tatsache, dass „Aufstieg durch
2 Bildung“ nicht existiert, mit dem weitgehenden Verzicht auf Bildungsanstrengungen (wie
3 auch insgesamt mit einem Rückzug aus der Gesellschaft). Armut und gesellschaftliche
4 Ausgrenzung wird so auf die Kinder vererbt, für die der Weg „Grundschule, Hauptschule,
5 Hartz IV“ vorgezeichnet scheint und die dies auch für sich selbst als den einzig realistischen
6 Weg betrachten. Die Reaktion auch der Kinder ist die weitgehende Verweigerung von
7 Bildung, da dies in ihrem Empfinden nichts bringt.

8 Sozialdemokratische Bildungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich dieses
9 Interessensgegensatzes – Absicherung des prekären Wohlstandes durch Abgrenzung und
10 Ausgrenzung im Bildungswesen einerseits, Rückzug aus dem Bildungssystem wegen der
11 fehlenden Aufstiegs-Chance andererseits – bewusst ist und versucht, ihn aufzulösen. Denn
12 der Gegensatz geht mitten durch sozialdemokratische StammwählerInnenschaft und
13 kollidiert mit dem ur-sozialdemokratischen Ziel „Gleiche Bildung für alle“.

14 Sozialdemokratische Bildungspolitik muss so einerseits denjenigen, die sich durch eine
15 weitere Bildungsexpansion bedroht sehen, eine Absicherung ihres Status‘ garantieren (hier
16 greift Bildungspolitik alleine zu kurz, sie muss durch Sozial-, Arbeitsmarkt- und
17 Verteilungspolitik ergänzt werden). Andererseits muss sie das Aufstiegsversprechen
18 erneuern und für die Re-Integration der ausgegrenzten und sich selbst ausgrenzenden
19 Menschen in das Bildungswesen sorgen (auch hier reicht Bildungspolitik alleine nicht). Dies
20 geht nur durch eine Bildungsexpansion und den Ansatz einer egalitären Bildung bei
21 gleichzeitiger Umverteilungspolitik.

22

23 **Bildung ist finanzierbar – Die Lüge von dem fehlenden Geld**

24 Immer wieder wird behauptet es ist kein Geld da im Finanzhaushalt, denn aufgrund der
25 Schulden und der nicht genügenden Steuereinnahmen können man nicht soviel Geld in
26 Bildung stecken, sondern vielmehr müsse man die Bildungsfinanzierung doch privatisieren.
27 Man solle doch nicht Bildung auf die Kosten von Schulden, die die zukünftige Generation
28 bezahlen muss finanzieren! So in etwa lautet der neoliberale Ton, wenn man mehr Geld für
29 Bildung, wie wir Jusos es immer wieder tun, fordert.

30 Das im Moment kein Geld oder nur unzureichend Geld für Bildung vorhanden ist, ist eine
31 bekannte Tatsache. Im Zuge des um sich greifenden Sparwahnsinns wurde ohne Vernunft
32 auch massiv in Bildungsbereich gespart, weil ja kein Geld vorhanden ist. Wirklich? Die
33 Realität zeigt uns, dass für politische Projekte oder die Wirtschaft doch wohl Geld da ist. Hier
34 sei in Bayern als prominentes Beispiel auf die Rettung der Landesbank oder den Transrapid
35 verwiesen. Für solche Sachen lohnt es sich aus Sicht der Herrschenden wohl massive
36 Schulden zu machen. Alleine die Zinsen die für die Schulden der Landesbankrettung anfallen
37 würden reichen um das Bildungssystem in Bayern doch im ausreichenden Masse

1 durchzufinanzieren.

2 Doch gibt es auch noch andere Finanzquellen aus der man Bildung bezahlen kann: Steuern!
3 So könnte man über eine wiedereingeführte Vermögenssteuer etwa eine Bildungssoli
4 erheben, der ausschließlich zur Finanzierung des Bildungssystems dient. Ebenso könnte
5 man die Erbschaftssteuer im Zuge einer Erhöhung dazu nutzen fehlendes Geld für Bildung
6 zu bekommen. Man bedenke, dass in der BRD etwa ein Privatvermögen von 8500 Milliarden
7 Euro vorhanden ist. Man sieht also ist ein Menge Geld vorhanden um es für sinnvolle
8 Staatsausgaben zu nutzen.

9 Doch soll auch die Einkommenssteuer nicht vergessen werden. Ein solidarisches und
10 gerechtes Einkommenssteuersystem könnte dafür sorgen, dass jedeR sich solidarisch an
11 der Finanzierung des Staates und auch dann der Bildung beteiligt! Es könnte somit ein
12 Vorteilsausgleich eintreten durch die Steuer, dass dafür sorgt, dass die, die am meisten von
13 der Bildung profitiert haben, auch am meisten über das Steuersystem dafür aufkommen!
14 Somit kann auch etwa das schlechte Argument der neoliberalen BildungsprivatisierInnen,
15 dass Studiengebühren nur „fair“ wären, da man ja später mehr verdient als AkademikerIn, ad
16 acta gelegt werden.

17 Wenn man Bildung wirklich für jeden kostenlos und frei zugänglich machen will, ist es keine
18 Utopie, dass diese nicht finanzierbar ist. Nein es ist alleine politischer Wille, ob man
19 vorhandenes Geld im System für Bildung nutzt oder über ein solidarisches Steuersystem
20 sich die Finanzierung für ein soziales Bildungssystem bereitstellt.

21

22 **Unsere Eckpunkte für ein gerechtes Bildungssystem**

23 **1. Unser Lehr- und Lernverständnis**

24 Wir wollen, dass Lernende – ob in einer frühkindlichen Bildungseinrichtung, einer Schule
25 oder Hochschule, einer Berufsausbildung oder einer Weiterbildung – das Lernen so weit wie
26 möglich selbst gestalten können. Dazu gehört die selbstbestimmte Gestaltung von
27 Lerninhalten, Lernformen und Lerngeschwindigkeit. Die Rolle der Lehrenden ist in diesem
28 Verständnis, Hilfestellungen und Anleitung bei diesem selbstbestimmten Lernen zu geben.

29 Emanzipatorisches Lernen und Lehren kann sich nur im Dialog entwickeln. Das bisher in der
30 Bildung (und vor allem in den Schulen) vorherrschende Gegeneinander von Lehrenden und
31 Lernenden (das auch durch die starke Machtstellung der Lehrenden gegenüber den
32 Lernenden aufgebaut wird), muss in ein Miteinander aufgelöst werden.

33 Um dieses Miteinander zu erreichen, müssen neue pädagogische Konzepte in den
34 „Unterricht“ bzw. die Lehrveranstaltungen integriert werden. Dazu gehört am Beispiel der
35 Schule, Frontalunterricht durch individuelle Förderung von Schülerinnen und Schüler durch
36 die Lehrkräfte zu ersetzen sowie Projektunterricht, Stammgruppenprinzip, freie Zeiteinteilung,
37 Freiarbeit und vieles mehr in den Unterricht zu integrieren. So entsteht eine Atmosphäre, in

1 der SchülerInnen mit Spaß lernen. Schülerinnen und Schüler sollen sich künftig gegenseitig
2 helfen, sich Lerninhalte selbst erarbeiten und – unter Anleitung und Aufsicht der Lehrerinnen
3 und Lehrer – ihren Mitschülerinnen und Mitschülern beibringen. Für die anderen Bereiche
4 des Bildungssystems sind vergleichbare Konzepte zu integrieren und zu entwickeln.

5

6 **2. Frühkindliche Bildung**

- 7 • Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen wird bisher vor allem im Hinblick auf bessere
8 Vereinbarung von Familie und Beruf geführt. Für uns geht es um den Ausbau von
9 Bildungseinrichtungen schon für Kleinkinder, damit sie diese verpflichtend
10 wahrnehmen
- 11 • Frühkindliche Bildung bedeutet für uns keine Verschulung des Kindergartens. Wir
12 wollen hier pädagogische Konzepte
- 13 • Alle Angebote, also Kinderkrippen, Kindergärten, etc. müssen kostenlos sein
14 (Finanzierung durch den Freistaat Bayern)
- 15 • Es muss endlich auch in Bayern ein flächendeckendes Angebot geben –
16 pädagogische Konzepte müssen verbessert, Gruppengrößen reduziert und
17 Öffnungszeiten und an den Bedarfen von Eltern orientiert werden
- 18 • Die Bildungsangebote für Kleinkinder sind inklusiv
- 19 • Gezielte Sprachförderung für alle Kinder. Wir verstehen Sprachförderung als Teil von
20 Bildung und gesellschaftlicher Integration
- 21 • Die Ausbildung als Erzieherin/Erzieher muss auch endlich in Deutschland an
22 Hochschulen erfolgen, damit dieser Beruf endlich aufgewertet wird
- 23 • Bessere Bezahlung: Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Gehälter im
24 Kinderpflege- und Erziehungsbereich.
- 25 • TrägerInnen brauchen Geld: die finanzielle Situation von Kommunen,
26 Sozialverbänden und auch Kirchen ist seit langem sehr angespannt. Für den Bereich
27 der frühkindlichen Bildung hat das BayKiBiG die Lage sogar noch verschärft. Deshalb
28 fordern wir, wie für den gesamten Bildungsbereich, eine deutlich angehobene
29 finanzielle Ausstattung, damit der Rechtsanspruch auf einen frühkindlichen
30 Bildungsplatz auch umgesetzt werden kann

31

32 **3. Eine Schule für alle**

- 33 • Ganz individuell muss es für jedes Kind eine Brücke von der frühkindlichen Bildung in
34 die Schule geben. Es darf gerade beim Zeitpunkt dieses Übergangs keinen
35 pädagogischen Zwang geben
- 36 • Einführungen einer rhythmisierten Ganztagschule (u.a. mit Einbeziehung von
37 örtlichen Vereinen und Verbänden in das Schulleben)

- 1 • Ausbau von Schulsozialarbeit (Stellen für SozialpädagogInnen und
2 SchulpsychologInnen)
- 3 • Demokratisierung des Schullebens: Mitentscheidung der SchülerInnen, Eltern,
4 LehrenInnen, SchulsozialarbeiterInnen im Lebensraum Schule – Aufstellung einer
5 Schulverfassung an jeder Schule im Schuljahr, demokratische Verantwortung vor
6 allem für SchülerInnen
- 7 • Einführung einer Schule für alle – Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, „Haus der
8 Bildung“: viele Begriffe, die für ein Konzept stehen: eine inklusive Schule von der
9 ersten bis zur 10. Klasse, die jeder/jedem einen Abschluss garantiert
- 10 • Dazu gehört für uns auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung
- 11 • Stärken stärken: wir wollen neue pädagogische Konzepte an Schulen, Abschaffung
12 des Frontalunterrichts, kleinere Klassen, mehr LehrerInnen, die Zeit haben um jedeN
13 SchülerIn zu fördern, Stärkung der Binnendifferenzierung (gemeinsam Lernen)
- 14 • Abschaffung von Noten: wir wollen gemeinsam erarbeitete Lernentwicklungspläne,
15 damit die individuelle Lernentwicklung betrachtet wird
- 16 • Sitzenbleiben abschaffen
- 17 • An Schulen müssen Medienkompetenz und politische Bildung gestärkt werden
- 18 • Gezielte Sprachförderung für alle Kinder. Wir verstehen Sprachförderung als Teil von
19 Bildung und der gesellschaftlichen Integration
- 20 • Zur Verbesserung der LehrerInnenbildung Weiterbildung: Hauptaugenmerk muss auf
21 Pädagogik, Didaktik, Diagnostik und Förderung liegen – dazu bedarf es regelmäßiger
22 Fortbildung
- 23 • Gute Arbeit auch an der Schule: dazu gehören für uns unter anderem gleiche und
24 angemessene Bezahlung, Reduzierung der Stundenzahl, einen Arbeitsplatz in der
25 Schule und Supervision

26

27 **4. Jugendverbandsarbeit**

28 Jugendverbandsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Bildungsarbeit für Kinder und
29 Jugendliche. Sie darf in der Diskussion um die Neugestaltung der Bildungssysteme nicht in
30 Vergessenheit geraten.

- 31 • Jugendverbände machen als Selbstvertretungsinstanz die Lebenslagen, Interessen
32 und Rechte von Kindern und Jugendlichen sichtbar und bringen diese kontinuierlich
33 in politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse ein.
- 34 • Kinder und Jugendliche beteiligen sich aktiv an Bildungs- und
35 Entscheidungsprozessen und Bildungsinhalte werden auf demokratische Art und
36 Weise vermittelt.
- 37 • Kinder und Jugendliche entwickeln dadurch nicht nur die Fähigkeit, die eigenen

1 Wünsche und Bedürfnisse zu erkennen und zu vertreten, sondern auch die
2 Sozialkompetenz, dies für andere zu tun. Das durch diese Prozesse gefestigte
3 Selbstbewusstsein bildet die Grundlage für die Bereitschaft sich weiter zu bilden und
4 mit anderen Menschen in einen Dialog zu treten, sowie für das Denken und Handeln
5 im Sinne einer gesellschaftlichen Verantwortung.

- 6 • Genauso wenig, wie die Jugendverbände den Bildungsauftrag anderer Institutionen
7 z.B. der Schule erfüllen oder gar ersetzen können, kann und soll die Schule die
8 Aufgaben der außerschulischen Bildung übernehmen.

10 **5. Gute Ausbildung und berufliche Bildung**

- 11 • Wer nicht ausbildet wird umgelegt, wir fordern eine Ausbildungsplatzumlage. Jede
12 und jeder hat ein Recht auf Ausbildung vor Ort. Das Abschieben auf ein Abstellgleis,
13 das häufig nur den Anschein von Qualifizierung erweckt lehnen wir ab.
- 14 • Auch hier ist uns Gleichstellung wichtig, es bedarf endlich ein Aufbrechen der
15 „klassischen 10“
- 16 • Duale Ausbildung stärken und Modularisierung ablehnen. Wir kämpfen weiterhin für
17 die duale Ausbildung, Bestrebungen die Ausbildung an die Bedürfnisse von einzelnen
18 Unternehmen oder Branchen anzupassen lehnen wir ab. Wir setzen uns für die
19 berufliche Ausbildung, die Theorie und Praxis vereint, ein und lehnen den Ausbau der
20 schulischen Ausbildung ab
- 21 • Stärkung der JAV: Ausbildung ist Bildung! Damit sind Azubis keine billigen
22 Arbeitskräfte. Nur durch eine starke Jugendausbildungsververtretung kann gute
23 Ausbildung gewährleistet werden
- 24 • Reform des Berufsbildungsgesetzes: Geltungsbereich ausdehnen, neue Grundsätze,
25 Anschlussfähigkeit, Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit, Aufwertung der
26 Berufsschule als gleichwertiger Lernort, Reform des Prüfungswesens,
27 Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen, sowie ein Finanzierungskonzept
28 (über Ausbildungsplatzumlage) regionale Berufsbildungszentren aufzubauen
- 29 • Qualifizierung von Berufsschullehrkräften reformieren
- 30 • Die berufliche Erstausbildung muss dazu befähigen, im gesamten Lebenslauf weiter
31 zu lernen. Wir fordern, die Berufsbildung unabhängig von demografischen und
32 konjunkturellen Entwicklungen zu machen.
- 33 • Qualifizierte Ausbildung für alle arbeitslosen Jugendlichen gezielt fördern und aus
34 einer Hand beraten. Qualität der beruflichen Bildung weiterentwickeln und gute
35 Arbeitsbedingungen schaffen

37 **6. Gute Hochschule**

- 1 • Hochschulen müssen deutlich besser staatlich finanziert werden. Wir wollen 10
2 Prozent des BIP für bessere Bildung und Forschung. Bildung und damit auch
3 Hochschulen dürfen nicht von Unternehmen oder Verbänden finanziell abhängig sein
4 – eine Ökonomisierung der Bildung lehnen wir ab (das bedeutet auch Schluss mit
5 „wertvollen“ und „unwichtigen“ Studiengängen – verstärkte Förderung von Geistes-
6 und Sozialwissenschaften an Hochschulen)
- 7 • Abschaffung von Studiengebühren: statt für Bildung zahlen zu müssen fordern wir
8 genau einen anderen Weg. Wir kämpfen für ein elternunabhängiges,
9 bedarfdeckendes BAFÖG mit einer Ausweitung des BezieherInnenkreises
- 10 • Hochschulen sind offen: wir wollen, dass alle Menschen Hochschulen ohne
11 edingungen, wie z.B. Reifezeugnisse, besuchen können
- 12 • Jede Art von Zugangsvoraussetzungen und Zugangsbeschränkungen lehnen wir ab
- 13 • Wir brauchen deutlich mehr wissenschaftliches Personal, das jeweils sowohl in der
14 Lehre als auch in der Forschung leistet. Die Trennung von Lehre und Forschung
15 lehnen wir ab. Eine didaktische Ausbildung des Personals ist dringend erforderlich
- 16 • Studienplätze für alle! Deshalb fordern wir einen deutlichen Ausbau. Wir wollen, dass
17 Studierende ihre Hochschule frei wählen und auch endlich wieder problemlos
18 wechseln können
- 19 • Bolognas Umsetzung ändern: der heiße Herbst hat deutlich die Missstände an
20 deutschen und bayerischen Hochschulen gezeigt. Wir fordern deutliche Veränderung
21 bei Bachelor und Master. Studierende müssen wieder frei ihre Schwerpunkte wählen
22 können (Abschaffung des verschulerten Studiums), es darf keine
23 Zugangsbeschränkungen zum Master geben, das Studium muss internationaler
24 werden (statt Vergleichbarkeit zu beschränken und Auslandsaufenthalte zu
25 erschweren) und das Studium muss auch in Teilzeit möglich sein
- 26 • Demokratisierung von Hochschulen: wir fordern die Abschaffung des Hochschulrates,
27 stattdessen müssen die Mitglieder der Gruppenhochschule unter gesellschaftlicher
28 Kontrolle bestimmen können.
- 29 • Wir fordern die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit
30 allgemeinpolitischem Mandat
- 31 • Studierendenwerke müssen gestärkt werden
- 32 • Gleichstellung muss es endlich auch an Hochschulen geben, deshalb fordern wir eine
33 Stärkung der Frauenbeauftragten / Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten /
34 Gleichstellungsbüros. Hier sind Gleichstellungsmaßnahmen ähnlich unserer
35 Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft notwendig, um
36 unser Ziel zu erreichen.
- 37 • Gute Arbeit an Hochschulen: Stopp der Zeit- und Leiharbeit an Hochschulen (in den

1 letzten Jahren wurde viele Bereiche wie Haustechnik oder Reinigung an
2 Leiharbeitsfirmen outgesourt. Wir wollen hier Gute Arbeit für alle Beschäftigte. Auch
3 stud. Hilfskräfte und Lehrbeauftragte müssen in den TVL/TVöD aufgenommen
4 werden. Auch im Bereich des Mittelbaus muss es mehr Stellen, eine bessere
5 Bezahlung und eine Verkürzung der Arbeitszeit vor allem in Hinblick auf Dissertation
6 und Habilitation geben.

7. Weiterbildung

- 9 • Wir wollen eine Integration in den Deutschen und Europäischen
10 Qualifikationsrahmen, der von uns kritisch begleitet wird und unseren Ansprüchen an
11 bessere Bildung genügen muss
- 12 • Bildungsurlaub: jedeR ArbeitnehmerIn hat alle Anspruch auf eine Woche
13 Bildungsurlaub pro Jahr. Für Auszubildende wollen wir zwei Wochen Bildungsurlaub
14 pro Jahr
- 15 • Lernen ist ganz unterschiedlich: daher setzen wir uns für verschiedene Lernformen,
16 Lernorte und Lernbedürfnisse ein. Dazu braucht es dringend ein umfassendes
17 Beratungsangebot für lebenslanges Lernen (Bildungsberatung)
- 18 • ErwachsenenBAFöG: der Zugang zu Bildung muss ein Leben lang möglich sein, wir
19 wissen, dass dieser immer auch eine individuelle ökonomische Komponente hat,
20 daher muss das BAFöG erweitert werden.
- 21 • Es ist auch hier staatliche Aufgabe ausreichend Weiterbildungsangebote zu
22 finanzieren, damit sich jede und jeder diese auch leisten kann
- 23 • Insgesamt begrüßen wir die Idee, in verschiedenen Phasen der Bildungsbiographie
24 Lernen an Hochschulen zu integrieren. Ein Beispiel ist das SeniorInnenstudium.
- 25 • Gute Arbeit für Weiterbildung: wir fordern für alle Beschäftigten Tarifverträge und
26 sozialversicherungspflichtige Festanstellung. Dies bedeutet damit auch, dass die
27 TrägerInnen gerade finanzielle Planungssicherheit benötigen.
- 28 • Stärkung der politischen Bildung

8. Organisation von Bildung

- 31 • Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer Bildung. Alle in einer
32 Bildungsbiographie erworbenen Kompetenzen müssen anerkannt werden, neben
33 dem formalen Lernen muss auch das nonformale und informelle Lernen gewürdigt
34 werden.
- 35 • Wir fordern im gesamten Bereich der Bildung bundesweite Rahmenregelungen, die
36 dezentral ausgestaltet werden können.

1 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

1 **Antragsnummer: F7**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
4 SPD-Bundesparteitag

5

6

7 **Resolution Doppelter Abiturjahrgang – Undurchdacht und** 8 **überhastet**

9

10

11 Es ist soweit, die Schulen öffnen in ein paar Wochen ihre Pforten und lassen den doppelten
12 Abiturjahrgang auf die Berufs- und Universitätswelt los stürmen.

13

14 Mit dem gleichzeitig wegfallenden Wehrdienst für junge Männer und dem alternativen
15 Zivildienst stehen wir vor einem noch größeren zu bewältigenden Problem.

16

17 Wir Jusos haben schon lange vor den Auswirkungen des G8 gewarnt und aufgezeigt, welche
18 dringenden Maßnahmen ergriffen werden müssten, um dem Ganzen etwas entgegen wirken
19 zu können. Doch die bayerische Staatsregierung reagierte erst viel zu spät. Nun steht das
20 Land Bayern vor gravierenden Problemen, die nicht auf Kosten von SchülerInnen,
21 StudentInnen, ArbeitsgeberInnen und –nehmerInnen hingenommen werden dürfen.

22

23 Im Folgenden nun eine Bestandsaufnahme der Konsequenzen des G8 auf Schulen,
24 Hochschulen, Arbeitswelt und Bundeswehr.

25

26 **Das G8 und seine Auswirkungen auf die bayrischen SchülerInnen**

27 Mit der Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre hat die bayrische Staatsregierung
28 LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen in eine katastrophale Situation gebracht. Da die
29 Reform vollkommen überhastet verabschiedet wurde, existierten weder Lehrpläne noch
30 irgendwelche Vorstellungen, wie der Stoff von neun künftig in acht Jahren vermittelt werden
31 soll. Edmund Stoiber und seine Minister gaben den Forderungen der Wirtschaft nach und
32 werteten damit das bayrische Bildungswesen noch weiter ab.

33

34 Anstatt dass man mit Vernunft und Augenmaß das Bildungssystem im allgemeinen
35 betrachtet und schlüssige Reformen beschließt, hat man sich den Interessen des Kapitals
36 unterworfen und den Weg in ein System eingeschlagen, welches rein auf die Verwertbarkeit
37 im Beruf ausgerichtet ist.

38

39 Auch direkte Folgen im Schulalltag sind erkennbar. So haben die SchülerInnen deutlich

1 weniger Zeit, um sich ehrenamtlich in SMV oder Schülerzeitung zu engagieren. Dies ist für
2 die Schule ein großer qualitativer Verlust, ebenso wirkt sich das negativ auf die politische und
3 gesellschaftliche Bildung der Schülerinnen und Schüler aus.

4 Mit unglaublicher Penetranz bezeichnen die neoliberalen Parteien FDP und CSU unsere
5 Vorstellung einer Ganztagschule als „sozialistisch“. Im heutigen System sitzen die
6 Schülerinnen und Schüler allerdings auch den ganzen Tag in der Schule. Der
7 Nachmittagsunterricht ist aber eine Perversion unserer Vorstellung von einer
8 Ganztagschule.

9

10 Es ist dringender denn je notwendig, dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung in
11 Bayern den Umschwung zu einer neuen Bildungspolitik vollzieht, in der nicht das Vermögen
12 und der gesellschaftliche Status der Eltern, sondern die Persönlichkeit des Schülers, bzw.
13 der Schülerin im Mittelpunkt steht.

14

15 **Die Hochschulen sind nicht wirklich vorbereitet!**

16

17 Dass der doppelte Abiturjahrgang an die Hochschulen kommen würde, war lange bekannt.
18 Man hatte genügend Zeit um die Hochschulen mit den nötigen Mitteln für den
19 bedarfsgerechten Ausbau auszustatten. Obwohl genügend Zeit für einen angemessene
20 finanzielle Ausstattung zur Verfügung stand, blieb diese ungenutzt. Viel zu spät regierte das
21 Wissenschaftsministerium und stellte, allerdings unzureichende, Mittel bereit.

22

23 Doch erfolgte dieses viel zu spät um noch rechtzeitig den Ausbau der Hochschulen in
24 geordneter Weise voranzutreiben. Es darf nicht vergessen werden, dass die so genannte
25 „Ausbauplanung“ nur die Mittel sind um den Status Quo der Hochschulen auch bei
26 verstärktem Zufluss von StudienanfängerInnen möglichst aufrecht zu erhalten. Der Zustand
27 der Hochschulen auch ohne den doppelten Abiturjahrgang ist schon für sich genommen
28 katastrophal. So laufen die Hochschulen im Überlastbetrieb, an allen und Ecken fehlt es an
29 Raum und Lehrpersonal. Selbst mit den jetzt bereit gestellten Finanzmitteln lässt sich nur
30 das aller schlimmste abfangen. Vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass durch die
31 Aussetzung der Wehrpflicht zusätzliche StudienanfängerInnen an die Hochschulen kommen,
32 die nicht mit einberechnet wurden. Die Lage der Hochschulen wird sich massiv verschärfen.

33

34 Die Hochschulen haben versucht mit den viel zu wenigen Mitteln die Folgen eines Ansturms
35 abzumildern. Dazu haben sie viele Studiengänge wieder so umgestellt, dass sie auch im
36 Sommersemester begonnen werden können. So sollen etwa die AbiturientInnen des G9
37 möglichst schon im Sommersemester 2011 anfangen. Doch die Umstellung ist sehr

1 problembehaftet. Dieses liegt vor allem an den starren Studiengänge die durch Bologna-
2 Reform entstanden sind. Das Studium läuft nun nach einem bestimmten Plan ab, der
3 eingehalten werden muss. Daraus resultiert, dass die Hochschulen alle nötigen
4 Lehrveranstaltungen anbieten müssen. Doch dieses ist unter dem Gesichtspunkt des
5 fehlenden Lehrpersonals nur schwer umsetzbar. Auch darf Mensch nicht vergessen, dass
6 viele der neuen Studiengänge noch unter konzeptionellen Fehlern leiden. Es kann davon
7 ausgegangen werden, dass diese Fehler jetzt noch stärker zum Tragen kommen, da es
8 kaum Spielraum für eine Behebung gibt. Daher kann man davon ausgehen, dass die
9 provisorische und schnelle Lösung zur Lasten eines qualitativen Studium sowie einer guten
10 Lehre geht. Die Lösung ist nur quantitativ. Dies alles wird auf den Rücken der
11 StudienanfängerInnen ausgetragen.

12

13 Die Staatsregierung zeigt somit einmal mehr, wie wenig sie die Umstellung auf G8 durch
14 geplant hat. Es war ein Schuss aus der Hüfte, der sich nicht nur auf die Schulen bezieht,
15 sondern auch unglaubliche Konsequenzen an den Hochschulen hat. Diese Fehler können
16 nicht mehr behoben werden, doch könnte durch einen massiven und schnellen Ausbau der
17 Hochschulen, die weiteren Folgen wenigstens noch abgemildert werden. Es müssen
18 dringend noch mehr Studienplätze geschaffen werden, die Kapazitäten der Hochschulen
19 müssen stark erweitert werden und am wichtigsten ist die massive Einstellung von
20 Lehrpersonal, damit es sich nicht nur um eine quantitative sondern eine qualitative
21 Verbesserung der jetzigen Situation handelt. Dazu muss von der Staatsregierung jetzt die
22 benötigten Mittel bereitgestellt werden bzw. die jetzigen Mittel massiv aufgestockt werden.

23

24 **Auswirkungen der Abschaffung der Wehrpflicht auf die Situation der Studien-&** 25 **Ausbildungsplatzsuchenden**

26

27 Am 15. Dezember 2010 wurden vom Bundeskabinett zwei Gesetzentwürfe beschlossen, mit
28 denen die Pflicht zur Ableistung des Wehrdienstes sowie die davon abgeleitete Pflicht zur
29 Ableistung des Zivildienstes ausgesetzt und ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt werden
30 soll.

31

32 Trotz massiver Kritik aus den Reihen der Opposition und der Wohlfahrtsverbände, aber auch
33 des Bundeswehrverbandes will die schwarz-gelbe Regierung an dem unausgegorenem
34 „Guttenbergschen“ Vorschlägen festhalten. Selbst das Kanzleramt spricht von einer „nur sehr
35 rudimentären und unausgewogenen Grundlage für Entscheidungen zur Reform der
36 Bundeswehr“ und vermisst eine „als zwingend erachtete sicherheitspolitische Herleitung“.
37 Was in Kommentaren oder der öffentlichen Diskussion „PRO oder CONTRA Reform“ oftmals

1 völlig vergessen wird, sind die mannigfaltigen und noch nicht absehbaren Auswirkungen auf
2 das Bildungssystem und den Ausbildungsmarkt.

3

4 Im Jahr 2009 wurden insgesamt 90.555 Grundwehrdienstleistende und 68.304
5 Zivildienstleistende einberufen. Bis jetzt wurden, zum Vergleich, im April dieses Jahres erst
6 ca 1.500 neue Wehrdienstleistende einberufen. Klar ersichtlich ist die große Diskrepanz der
7 Zahlen durch Wegfall des Zwanges. Auch der neu zu schaffende Freiwilligendienst ist noch
8 nicht angelaufen und wird, aller Voraussicht nach, ebenso wenig angenommen werden.

9

10 Somit ist klar ersichtlich, dass neben dem doppeltem Abiturjahrgang in vielen Bundesländern
11 zusätzliche junge Männer an die Unis und auf den Ausbildungsmarkt drängen. Allein für das
12 Jahr 2012 wird mit 150.000 jungen Männern ohne Studien- oder Ausbildungsplatz gerechnet;
13 fällt die Wehrpflicht wie beschlossen, so könnten bis zu 60.000 zusätzliche
14 Studieninteressierte die teils jetzt schon vorhandenen prekären Situationen an manchen Unis
15 verstärken. Weiterhin muss angemerkt werden, dass durch den Zivildienst sich das für junge
16 Männer unattraktive Feld der personenbezogenen Dienstleistungen, wie beispielsweise im
17 Sozial-, Pflege- und Gesundheitswesen, erschließt, welches einen sehr stark erhöhten Anteil
18 an weiblichen ArbeitnehmerInnen hat. Schon so mancher junge Mann kam nach dem
19 Einblick in diese Berufsfelder zu dem Entschluss, hier seine berufliche Zukunft zu suchen.
20 Somit fällt hiermit ein regulatives Element zur Gleichstellung beider Geschlechter weg. Mehr
21 als bessere Absichtserklärungen aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen
22 und Jugend (BMFSFJ) zur Erhöhung des Männeranteils beim pädagogischen Personal in
23 Kindertagesstätten sind in diesem Kontext nicht zu finden. Inwieweit die von der
24 Bundesregierung geplanten „Begünstigungen“ für Freiwilligendienstleistende, wie z.B.
25 kürzere Wartezeit vor Studienbeginn oder erleichteter Zugang zu Berufsausbildungen,
26 tatsächlich greifen oder welche Auswirkungen diese haben, bleibt abzuwarten und sollte
27 beobachtet werden.

28

29 **Die berufliche Bildung**

30

31 Neben der schulischen bzw. universitären Bildung ist auch die berufliche Bildung nicht zu
32 vernachlässigen. Jedes Jahr entscheiden sich bundesweit hunderttausende
33 SchulabgängerInnen nicht für eine weiterführende Schule oder ein Studium, sondern
34 entschließen sich eine Berufsausbildung zu beginnen. Nachdem sie diesen Entschluss
35 gefasst haben, geht für viele die Arbeit und Anstrengung schon richtig los, bevor sie
36 überhaupt erst in Lohn und Brot stehen. Sie haben mit räumlichen Konflikten zu kämpfen
37 wenn in ihrer evtl. strukturschwachen Heimatregion kein Ausbildungsberuf der sie interessiert

1 angeboten wird oder finden wegen einer eventuell fehlenden Qualifikation bzw. eines
2 unbefriedigenden Schulabschlusses keinen Ausbildungsplatz. (Persönlicher Konflikt bei der
3 Ausbildungsplatzsuche)

4

5 **Wie sehen aber die nackten Zahlen aus?**

6

7 Laut Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 01. Februar 2011
8 wurden in Deutschland bundesweit 70.300 neue Ausbildungsplätze geschaffen und über
9 42.000 Betriebe bilden überhaupt das erste Mal aus. Ferner wird stolz bei der
10 Bundesverwaltung auf die über die lt. „Ausbildungspakt“ der Bundesregierung von 7,0%
11 liegende Ausbildungsquote von 7,7% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
12 hingewiesen. Zahlen die auf dem Papier schön klingen mögen, aber die Realität sieht leider
13 wieder einmal wie sooft anders aus. Insbesondere in strukturschwachen Regionen in
14 Deutschland fällt es jungen Menschen oftmals schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden.
15 Unabhängig von Berufswunsch oder Schulbildung. Per Stichtag Ende September 2010
16 gingen lt. BMAS die geschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit zwar „nur“ um ca. 0,1%
17 zurück, wenn man aber nur die neuen Bundesländer an sich betrachtet, so ging die Anzahl
18 der geschlossenen Lehrverträge um über 7,0% zurück. Und nicht nur das. Laut DGB fehlen
19 dort immer noch über 26.000 Ausbildungsplätze um jungen Menschen eine Perspektive zu
20 bieten. Als Beispiel hierfür ist die Region Berlin-Brandenburg zu nennen. Dort betrug lt.
21 Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosenquote im Januar bei jungen ArbeitnehmerInnen
22 9,9% und stieg bis Ende Februar 2011 sogar auf 13,7% an. Somit ist dort mehr als jedeR
23 zehnte ArbeitnehmerIn ohne Job. Offiziell. Wie es inoffiziell aussieht, weiß niemand. Ein
24 weiteres, nicht zu vernachlässigendes Problem ist die besondere Situation im Herbst 2011.
25 Denn dann strömen nämlich neben den „normalen“ SchulabgängerInnen auch die ersten
26 AbsolventInnen des G8 in Bayern auf den Arbeitsmarkt und auch das sofortige Ausbleiben
27 des „Wegfalls“ der zum Grundwehr- oder Zivildienst antretenden jungen Männer sorgt auch
28 für Lehrstellenknappheit und nicht nur für fehlende Studienplätze. Daher ist es von enormer
29 Wichtigkeit rechtzeitig für ausreichend Ausbildungsplätze vorzusorgen um somit jungen
30 Menschen eine Chance zu geben und ins Berufsleben einzusteigen und nicht in Hartz IV
31 abzurutschen.

32

33 **Lösungsansätze?**

34

35 Genau so lange wie dieses Problem „Jugendarbeitslosigkeit“ besteht gibt es von
36 unterschiedlichster Seite her die unterschiedlichsten Lösungen dagegen anzukämpfen.
37 Diverse Länderregierungen versuchten schon in den 90ern über finanzielle Anreize wie

1 Fahrtkostenerstattung junge Auszubildende von den strukturschwachen Regionen ihrer
2 Flächenländer hinein in den „Speckgürtel“ ihrer Ballungszentren zu bringen um so einen
3 Ausgleich zu schaffen. Dem folgte im Jahr 2004 der sogenannte „Ausbildungspakt“, der erst
4 kürzlich bis 2014 verlängert wurde und in dem die Deutsche Wirtschaft verspricht bis zu
5 60.000 neue Lehrstellen pro Jahr zu schaffen. Letztes „Erfolgsmodell“ der Bundesregierung
6 zur Integrierung junger Menschen in das Berufsleben war 2007 die sogenannte
7 „Einstiegsqualifizierung“ für junge, bisher noch nicht am Arbeitsmarkt vermittelte Menschen.
8 In deren Rahmen sollen ebendiese vorab auf das Berufsleben vorbereitet werden. Doch
9 was nützt es dem/der Auszubildenden wenn sie mit 16 oder 17 von Selb in Oberfranken
10 nach München ziehen und eine Ausbildung absolvieren soll nur weil sie die Fahrtkosten mit
11 der DB in der zweiten Klasse bezahlt bekommt? Was nützen uns „Versprechen“ der
12 Wirtschaft wenn es sich um keine verbindlichen Garantien handelt? Was nutzt uns, wie der
13 SWR schon 2007 in einer Reportage ausgedrückt hat, eine „staatlich subventionierte
14 Ausbeute“ wie die „Einstiegsqualifizierung“, in der nur um das Gewissen der Wirtschaft zu
15 beruhigen, jungen Menschen irgendwelche banale Allerweltsaufgaben aufgedrückt werden
16 und dafür auch noch Subventionen vom Staat eingestrichen und die Einstellung einer
17 sozialversicherungspflichtigen Arbeitskraft eingespart wird?

18

19 **Was fordern wir?**

20

21 Wir als Jusos Unterfranken fordern wie schon in den Jahren zuvor eine feste, verbindliche
22 Ausbildungsquote von mindestens 10% der sozialversicherungspflichtig Angestellten um so
23 möglichst vielen jungen Menschen die Chance auf den Start ins Berufsleben zu geben,
24 denn junge Menschen bekommen die Auswirkungen von Wirtschafts- und Finanzkrisen am
25 deutlichsten zu spüren. Wir fordern einen gerechten, branchenunabhängigen Mindestlohn
26 auch für Azubis, denn auch diese müssen für ihren Lebensunterhalt sorgen! Sollte es
27 Betrieben aus finanziellen oder strukturellen Gründen nicht möglich sein für die Ausbildung
28 junger Menschen zu sorgen, so müssen sie vom Staat dahingehend unterstützt werden.
29 Gegenfinanziert wird diese Hilfe durch eine verbindliche Ausbildungsplatzumlage von den
30 Betrieben, die zwar für Ausbildungsplätze sorgen könnten, dies aber nicht tun. Wer nicht
31 ausbildet wird umgelegt!

32

33

34 **O angenommen**

O abgelehnt

O überwiesen an...

35

1 **Antragsnummer: F8**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

4

5

6 **Für gerechte und bessere Hochschulen**

7

8

9 In diesem Jahr drängen so viele AbiturientInnen aufgrund des doppelten Abiturjahrganges
10 und der Aussetzung der Wehrpflicht an die Hochschulen wie noch nie. Es wird mit
11 zusätzlichen 8000 StudienanfängerInnen alleine in Bayern gerechnet. Doch wie ist
12 überhaupt die Situation der Hochschulen in Bayern? Wie sieht es mit der
13 Hochschulfinanzierung aus, der Studienfinanzierung, dem Zugang zur Hochschule, der
14 demokratischen Mitbestimmung und den Studiengebühren?

15

16 **Solidarische Hochschulfinanzierung und Nein zu Studiengebühren**

17 Betrachtet man als erstes die Finanzlage der Hochschulen in Bayern, so ist diese mehr als
18 nur katastrophal. Unter der CSU-Alleinregierung Stoiber wurden den Hochschulen massiv
19 Gelder gestrichen, da der Freistaat Bayern sparen sollte. Dieses führte zum Beispiel dazu,
20 dass nicht einmal genügend Finanzmittel zum Erhalt der Gebäude zu Verfügung stehen.
21 Aber die viel dramatischeren Folgen waren ein qualitativer Rückgang der Lehre an den
22 Hochschulen durch die massive Kürzung von mehreren tausend Personalstellen. Die
23 Vorlesungen und Seminare waren noch überfüllter als ohnehin schon. In diesem Zuge
24 wurden in Bayern die Studiengebühren eingeführt um eine Verbesserung der
25 Studienbedingungen herbeizuführen, deren Verschlechterung man zuvor selber produziert
26 hatte.

27 Zwischenzeitlich wurden zwar die Finanzen der Hochschulen seitens der Staatsregierung
28 wieder etwas aufgebessert, so dass mit den Einnahmen aus den Studiengebühren in etwa
29 die Finanzlage vor der Kürzung durch Stoiber wieder erreicht wurde, jedoch sind in der
30 selben Zeit auch mehr Studierende an die Hochschulen gekommen. In dieser Situation
31 strömen nun erneut 8000 zusätzlich Studierende an die Hochschulen. Dass bei den jetzigen
32 engen Haushalten diese Last kaum zu bewältigen ist und von Ausbau kaum die Rede sein
33 kann, versteht sich von selbst. Jedoch sollen den Hochschulen in diesem Jahr ca. 226
34 Millionen Euro zusätzlich an Finanzmitteln zu Verfügung stehen. Es sollen bayernweit 3000
35 neue Stellen geschaffen werden. Dies klingt für sich alleine betrachtet gut, die Realität zeigt
36 jedoch, dass diese Mittel kaum ausreichen werden. Die meisten Hochschulen laufen bereits
37 auf Überlast. So beträgt die Überlast im Schnitt 150%, in einzelnen Studiengängen sogar
38 200%.

1 Eins ist eigentlich allen Beteiligten klar: Die Hochschulen brauchen mehr Geld. Die
2 Konservativen und Neoliberalen sehen die Lösung für diese Situation in Studiengebühren.
3 Dem widersprechen wir aufs Schärfste: Studiengebühren sind nicht die Lösung und können
4 es auch niemals sein!

5 Bildung darf nicht Privatisiert werden, sie ist und bleibt eine unveräußerliche originäre
6 Kernaufgabe des Staates. Der Staat hat die Verantwortung allen den Zugang zu den
7 Hochschulen zu gewähren, denn jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Studiengebühren
8 sind ein weiterer Selektionsmechanismus in unserem schon über die Maßen hochselektiven
9 Bildungssystem.

10 Sie fördern unsoziales und unsolidarisches Handeln, was sich in einer solidarischen
11 Gesellschaft negativ auswirkt. Des Weiteren werden bildungsferne Schichten nachweislich
12 durch Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt. Dieses fördert nur
13 weiterhin die Reproduktion der bestehenden Eliten und widerspricht einer chancengleichen
14 Bildungspolitik massiv.

15 Es ist ein Märchen, dass Studiengebühren „sozialverträglich“ gestaltet werden können. Es
16 gibt keine Möglichkeit Studiengebühren sozialverträglich zu gestalten.

17 Studiengebühren als weitere Privatisierung von Staatsaufgaben sind zentraler Bestandteil
18 einer neoliberalen Politik. Auch auf Bildung wird die beherrschende Marktlogik übertragen.
19 Bildung soll nicht mehr öffentliches Gut sein, sondern vielmehr eine zu bezahlende
20 Dienstleistung. Somit wird Bildung zur Ware degradiert.

21 Studiengebühren sind aus sozial-, gesellschafts- und bildungspolitischen Gründen
22 abzulehnen. Studiengebühren tragen weder zur Verbesserung der Bildungssituation noch zu
23 einer sozial gerechten Finanzierung der Hochschulen bei. Wir Jusos fordern deshalb die
24 Abschaffung der Studiengebühren in jeglicher Form.

25 Die Hochschulen sind keine Unternehmen, sondern Bildungsanstalten zu der alle Zugang
26 haben müssen. Die StudienanfängerInnenquote muss höher werden und die
27 Durchlässigkeit zum Hochschulstudium muss deutlich verbessert werden. Laut eines 2008
28 veröffentlichten OECD-Bericht liegt mit nur 37% eines Altersjahrgangs die Anzahl von
29 StudienanfängerInnen weit hinter dem OECD-Durchschnitt mit 56% zurück. Diese zu geringe
30 Anzahl von Studierenden ist nicht akzeptabel und unterstreicht weiterhin das Versagen der
31 deutschen Bildungspolitik in Bezug auf die Durchlässigkeit zum Hochschulstudium. Dies liegt
32 jedoch nicht nur allein an den Studiengebühren. Die Ursache für die niedrige
33 StudienanfängerInnenquote ist außerdem in der mehr als schlechten finanziellen
34 Ausstattung der Hochschulen zu suchen.

35 Wir treten für eine solidarische Hochschulfinanzierung ein. Wir wollen ein aus Steuern
36 staatlich ausfinanziertes Hochschulsystem. Die Bildung soll von Menschen bezahlt werden,

1 die das Geld haben und nicht von jenen, von denen man glaubt, dass sie es einmal haben
2 werden.

3 Bildung muss als Investition in die Zukunft der Gesellschaft gesehen werden und nicht als
4 Investition in die persönliche Zukunft.

5 Die konservativen und neoliberalen politischen Akteure versuchen ihre Kürzungen im
6 Hochschulbereich sowie die Notwendigkeit von Studiengebühren mit den massiven
7 Staatsschulden und dem nicht vorhandenen Geld zu begründen. Dieses Argument ist rein
8 politisch motiviert. So sind etwa Milliarden für einen vom Volk nicht gewollten und absolut
9 sinnlosen Kriegseinsatz in Afghanistan vorhanden. Ebenso sind auf einmal die Milliarden für
10 die Rettung von Banken in der Finanzkrise vorhanden. Geld ist vorhanden! Es ist vielmehr
11 eine Frage der Prioritätensetzung und des politischen Willens, ob man in Bildung investieren
12 will oder nicht.

13 Es sind außerdem nicht alle steuerpolitischen Möglichkeiten zur vollumfassenden
14 Finanzierung der Hochschule ausgeschöpft.

15 So könnte etwa durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer das Bildungssystem
16 finanziert werden. Auch durch die Erbschaftssteuer können weitere Finanzmittel für die
17 Bildungspolitik bereitgestellt werden. In Deutschland beläuft sich das Vermögen der
18 Privathaushalte auf ca. 5,4 Billionen Euro. Selbst wenn man nur die hohen und höheren
19 Vermögen und Erbschaften besteuert, lässt sich eine solide Finanzgrundlage für die
20 Hochschulen bereitstellen. Ebenfalls wichtig ist, dass das Einkommenssteuersystem
21 reformiert wird, so dass es wieder zu einer sozial gerechten Besteuerung und somit einer
22 Umverteilung kommt.

23

24 **Freier Hochschulzugang für alle!**

25 Für die Studierenden wird es immer schwerer in dem Chaos von
26 Zulassungsvoraussetzungen für ein Studienfach durchzublicken. Jede Hochschule hat in
27 ihrem Bewerbungsverfahren unterschiedlich Anforderungen. Dies ist ein nicht hinnehmbarer
28 Zustand.

29 Durch die vierte Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) 1998 können Studienplätze
30 in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengangplätzen durch die Hochschulen in einem
31 eigenen Auswahlverfahren vergeben werden. Mit der siebten Novelle des HRG von 2004
32 wurde dies noch erweitert. Somit wurde die Position der ZVS massiv unterhöhlt. Heute fristet
33 die ZVS ein Schattendasein.

34 Durch die Studienplatzvergabe seitens der Hochschulen bleiben ca. 20 % aller Studienplätze
35 unbesetzt. Dies ist im Hinblick auf das numerus clausus I Urteil des
36 Bundesverfassungsgericht von 1972 (BverfGE 33, 303) als verfassungswidrig zu bewerten.

1 Weiterhin ist die momentane Situation ein massiver Rückschritt im Vergleich zu dem
2 vorherigen, auch schon mehr als unbefriedigenden, Verfahren der Vergabe von
3 Studienplätzen seitens ZVS als Mangelverwaltung.
4 Außerdem ist die derzeit praktizierte Form der Studienplatzvergabe als eine kalte
5 Abschaffung der Kapazitätsverordnung (KapVO) zu sehen. Sie sorgte dafür, dass trotz der
6 chronischen unterfinanzierten Hochschulen jedeR einen Studienplatz bekommt. Dies passt
7 aber nicht in die neoliberale Ideenwelt von „Elite-Unis“ und Bildungsmärkten. Es soll ein
8 Wettbewerb in diesem Bereich entstehen. Bildung soll eine Ware sein, ein Zertifikat für den
9 Arbeitsmarkt. Die Idee, dass Bildung für alle zugänglich sein soll, stört.
10 Für die Jusos ist diese Entwicklung untragbar. Bildung und die freie Wahl der Ausbildung
11 und des Berufs sind Menschenrechte. Jede Einschränkung beim Zugang zu bestimmten
12 Studiengängen oder zu Hochschulen allgemein stellt einen nicht zu tolerierenden Eingriff in
13 diese Freiheit dar!
14 Deshalb darf es auch kein Zurück zum alten System der ZVS als dauerhafter
15 Mangelverwaltung des Hochschulsystems geben. Systeme, die lediglich dazu dienen die
16 unzureichende Zahl von Studienplätzen zu verwalten, können nicht im Sinne der Jusos sein.
17 Diese Systeme als „Übergangslösungen zu bezeichnen ist scheinheilig, da bereits das alte
18 ZVS System über 30 Jahre lang eine „Übergangslösung“ für den Mangel an Studienplätzen
19 war. Die Abiturnote als „objektivstes Kriterium“ für den Zugang zu einem Hochschulstudium
20 ist blanker Hohn, da die Vergabe von Noten niemals objektiv geschehen kann und massiv
21 von sozialen Verhältnissen abhängt.
22 Jede Selektion im Bildungssystem ist und bleibt eine soziale Selektion. Angeblich objektive
23 und kurzlebige Systeme mögen dies kaschieren, lösen das Grundproblem jedoch nicht. Die
24 Jusos lehnen deshalb auch weiterhin jede Form von Selektion im Bildungssystem ab. Es gibt
25 kein gerechtes System für den Hochschulzugang außer dem freien Zugang zum Studium für
26 alle.
27 Deshalb müssen endlich genügend Studienplätze geschaffen werden, um den Mangel zu
28 überwinden, und nicht immer neue Systeme, die den Mangel verwalten!

29

30 **Studienfinanzierung elternunabhängig und schuldenfrei!**

31 Nicht erst seit der Einführung von Studiengebühren ist die Studienfinanzierungen eine kaum
32 zu bewältigende Herausforderung.
33 Weiterhin hängt die Möglichkeit ein Studium zu finanzieren vom Geldbeutel der Eltern ab.
34 Wir Jusos fordern ein elternunabhängiges, zeitlich unbegrenztes und altersunabhängiges
35 BaföG, damit Studierende finanziell unabhängig sind. Das bedeutet nicht, dass Eltern mit
36 mehr Geld nicht für die Bildung aufkommen sollen. Das BAföG muss über ein gerechtes
37 Steuersystem finanziert werden. So zahlen die Finanzkräftigen für alle und nicht nur für die

1 eigenen Kinder, die somit einen Vorteil gegenüber anderen haben. Die Höhe des BAföG
2 reicht außerdem bei weitem nicht aus, es muss erhöht werden und selbstverständlich als
3 Vollzuschuss gezahlt werden. Wir wollen nicht, dass sich junge Menschen für ihr Studium
4 verschulden müssen! Sämtliche Studiendarlehen und –kredite sind selbstverständlich
5 abzulehnen.

6

7 **Selbstbestimmtes Studium statt Verschulung**

8 Studierende müssen ihr Studium selbständig und selbstbestimmt gestalten können. Eine
9 Verschulung, wie sie gerade durch derzeitige Ausgestaltung der neuen Bachelor- und
10 Masterstudiengängen stattfindet, lehnen wir ab. Studierende müssen die Möglichkeit haben
11 eigene Schwerpunkte zu setzen und diese zu vertiefen. Vorgefertigte Stundenpläne und
12 Studienverlaufsplänen bieten den Studierenden nicht genug Möglichkeiten ihre
13 Persönlichkeit und eigene Interessen und Schwerpunkte zu entwickeln.

14 Wir Jusos sehen Bildung als Prozess und notwendige Grundlage zur Selbstentfaltung, sowie
15 der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft. Es darf bei einem
16 Studium niemals die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Menschen und seiner Qualifikation im
17 Mittelunkt stehen.

18 Im Mittelpunkt müssen stets der Mensch und seine persönliche (Weiter-)Entwicklung stehen!

19

20 **Die Hochschule mit Demokratie durchfluten**

21 Man möchte meinen, dass in einem demokratischen Staat auch Demokratie herrscht. Doch
22 das demokratische Verständnis endet an den Türen der Hochschulen.

23 Dort herrscht noch immer ein feudales Ständesystem. Die große Mehrheit der
24 Hochschulangehörigen, die Studierenden, haben kaum Mitspracherechte. Die kleinste
25 Gruppe, die HochschullehrerInnen, hingegen haben in allen wichtigen Entscheidungen die
26 Hochschule betreffend eine Stimmenmehrheit gegen alle anderen.

27 Die Hochschule sollte jedoch ein Ort sein, an dem Demokratie nicht nur gelehrt, sondern
28 auch praktisch umgesetzt wird.

29 Auch der Einfluss von außen über den Hochschulrat muss endlich beendet werden. Die
30 Wirtschaft darf keinen Einfluss auf die Entwicklung und Ausgestaltung der Hochschulen
31 nehmen.

32 Die Hochschule ist ein Ort der Bildung und der individuellen Selbstentfaltung.

33 Sie ist kein Ort an dem die wirtschaftliche Verwertbarkeitslogik herrschen darf.

34 Auch aus demokratischer Sicht kann es nicht sein, dass eine externe Gruppe maßgeblichen
35 Einfluss auf die Entscheidungen in der Hochschule bekommt, die Mitglieder der Hochschule
36 aber kein echtes Mitbestimmungsrecht bekommen.

37 Wir fordern daher, dass der Hochschulrat als Gremium abgeschafft wird!

1 Außerdem müssen die derzeit herrschenden undemokratischen Verhältnisse überwunden
2 werden.
3 Die Studierenden müssen endlich ein Mitbestimmungsrecht bekommen, das auch der Größe
4 der Gruppe der Studierenden Rechnung trägt.
5 Das bedeutet, dass die Mehrheit der ProfessorInnenschaft endlich gebrochen wird. Ebenso
6 muss der akademische Mittelbau, der eine tragende Rolle vor allem im universitären Bereich
7 trägt, dementsprechend beteiligt werden.
8 Für die Studierenden fordern wir in allen Hochschulgremien die Drittelpariät.
9 Für eine starke Studierendenschaft ist es wichtig, dass diese auch unabhängig von den
10 Hochschulstrukturen organisiert werden.
11 Wir fordern daher die Wiedereinführung der in den 1970'igern abgeschafften Verfassten
12 Studierendenschaft in Bayern!
13 In dieser Studierendenschaft sollen alle Studierenden einer Hochschule Mitglieder sein. Die
14 Verfasste Studierendenschaft muss von ihren Mitgliedern Beiträge erheben können um mit
15 eigenen unabhängigen Finanzmitteln ausgestattet zu sein. Die Studierenden sollen die
16 demokratische Form ihre Verfassten Studierendenschaft selbst bestimmen können.
17 Die Verfasste Studierendenschaft sollte mit einem allgemeinpolitischen Mandat
18 ausgerüstet sein, da politische Entscheidungen und die politische Wirklichkeit nicht ein
19 isoliertes Denken und Handeln voraussetzen, sondern nur in Gesamtzusammenhängen
20 möglich sind.

21

22

23 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

24

1 **Antragsnummer: G6**

2 **AntragsstellerInnen :** Juso- Regionalbezirk Schwaben

3 **AdressatInnen :** Juso – Landeskonferenz

4

5

6 **Für eine Aufhebung des Tanzverbotes an stillen Feiertagen**

7

8

9 Die Jusos Schwaben werden dazu aufgefordert, sich für die Aufhebung des Verbots von
10 Unterhaltungsveranstaltungen ohne ernsten Charakter („Tanzverbot“) an den stillen
11 Feiertagen einzusetzen und diesen Antrag an geeigneten Stellen vorzubringen.

12

13 **Begründung:**

14 Das Tanzverbot ist im Artikel 3 des bayerischen Feiertagsgesetzes geregelt. Da der Tag
15 (ergo das Tanzverbot) um 0:00 beginnt, bleiben Diskotheken, Clubs usw. in der Regel
16 bereits am Vorabend geschlossen. Bei ungünstigen Kalenderkonstellationen kann es an
17 mehreren Wochenden in naher Folge untersagt sein, feiern zu gehen.

18

19 So traf es beispielweise im 2009 gleich drei Sonntage (und damit auch Samstagabende) des
20 Monats November. Junge Menschen sind, egal ob in Bildung oder Arbeit, durch die jüngere
21 Entwicklung und politische Lenkung wachsendem Leistungsdruck ausgesetzt. Daher wird
22 Freizeit zu einem knappen Gut. Insofern kann es die freie Persönlichkeitsentfaltung
23 empfindlich stören, wenn an einzelnen Terminen Tanzveranstaltungen u.Ä. per Gesetz
24 verboten sind. Unbeachtlich ist hier die Debatte, inwiefern Diskothekenbesuche ein
25 geeignetes Angebot sind, um Jugendlichen Stressabbau und Spaß zu ermöglichen. Das
26 muss in einer freien Gesellschaft jeder erwachsene Mensch für sich entscheiden dürfen.
27 Tanzverbote beschneiden also die verfassungsmäßige Freiheit von einzelnen, und
28 bräuchten daher besonders dringende Rechtfertigungsgründe um aufrechterhalten zu
29 werden. Sieht man sich allerdings die Argumentation von Befürwortern des Tanzverbots an,
30 so ist diese völlig unzureichend:

31 Lärmschutzfragen u.Ä. können als unbeachtlich angesehen werden, da hier Auflagen
32 herrschen, die ohnehin stets eingehalten werden müssen, um auch in den Sonntag zu feiern,
33 eine Freigabe der stillen Tage könnte diese Problematik nicht qualitativ steigern.

34 Es wäre völlig unangemessen, anzunehmen, der Staat könnte oder sollte gar dem Volk an
35 manchen Tagen bestimmte Stimmungen vorschreiben. So haben auch weltliche Feiertage
36 lediglich einen gewissen Vorschlagscharakter für den Einzelnen. De facto begeht eine breite
37 Mehrheit der Bevölkerung die meisten der Feiertage nicht in religiösem Sinne, sondern
38 nimmt sie als willkommene Gelegenheit wahr, um verschiedenen Hobbys usw. nachzugehen.

1 Unklar ist, warum ausgerechnet Diskothekenbesuche als besonders anstößig empfunden
2 und damit gegenüber anderen Freizeitbeschäftigungen diskriminiert werden. Besonders
3 dreist: Während am Abend vor dem Volkstrauertag (einem weltlichen Feiertag) für die
4 normalen PartygängerInnen alle Türen verschlossen blieben, feierten die oberen
5 Zehntausend am 13. November 2010 ungeniert am Augsburger Presseball bis tief in die
6 Nacht – anwesend u.A. Edmund Stoiber und Horst Seehofer von der ach so bigotten CSU.

7

8 **Solches Verhalten nimmt den Befürwortern des Tanzverbotes die letzte**
9 **Glaubwürdigkeit und ist natürlich aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit**
10 **höchst ärgerlich. Gibt es Freiheitsrechte in Bayern nur für Bonzen?**

11 Das Christentum wurde früher als Staatsreligion missbraucht, um die persönliche Herrschaft
12 einzelner bis in die Köpfe der Untertanen hinein zu rechtfertigen.

13 Im Zuge der Aufklärung wurde das „Gottesgnadentum“ als krasses Unrecht entlarvt und
14 neben anderen humanistischen Grundlagen, die unsere heutige Gesellschaft prägen
15 (sollten) der Laizismus propagiert. Auch wenn dieser in Deutschland nicht erreicht ist, so ist
16 der Staat verpflichtet, sich weltanschaulich neutral zu verhalten.

17

18 Daher kann es nicht Aufgabe des Staates sein, die religiöse Begehung christlicher Feiertage
19 per Gesetz einzufordern. Schließlich können andere Religionsgruppen auch nicht auf
20 gesetzlich geschützte Feiertage zurückgreifen. Somit stellen gesetzlich eingeforderte Stille
21 Tage auch eine Diskriminierung anderer Religionsgruppen dar.

22

23 Wir sind der Meinung, dass das Gesetz nicht mehr mit der Lebenswirklichkeit in Bayern
24 übereinstimmt, und da es nicht nur überflüssig, sondern auch bisweilen höchst ärgerlich ist,
25 begreifen wir seine Abschaffung als Schritt in ein moderneres, toleranteres und freieres
26 Bayern.

27

28

29 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

30

1 **Antragsnummer: G7**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-
4 Bundestagsfraktion

5
6

7 **Gesetzliche Normierung der actio libera in causa**

8
9

10 Wir fordern eine gesetzliche Grundlage für die actio libera in causa, da die Anwendung
11 dieser ohne gesetzliche Grundlage verfassungswidrig ist, aber ohne sie zugleich nicht
12 hinnehmbare Gesetzeslücken entstehen.

13

14 Die actio libera in causa (kurz a.l.i.c. genannt) stellt eine Rechtsfigur da, um einen Täter der
15 im noch schuldfähigen Zustand vorsätzlich oder fahrlässig die Schuldunfähigkeit herbeiführt,
16 um später eine Straftat zu begehen, bestrafen zu können.

17 Um dies mit einem Beispiel zu verdeutlichen: der Täter betrinkt sich, um dann im Zustand
18 der Schuldunfähigkeit eine Straftat begehen zu können, z.B. einen Mord.

19

20 Dann tritt folgendes Problem auf: eigentlich kann der Täter nicht für den Mord bestraft
21 werden, da er zum Zeitpunkt dessen schuldunfähig war.

22 Daher wird die Rechtsfigur der a.l.i.c. angewandt. Eine Strafbarkeit wegen Vollrausches
23 gem. § 323a StGB scheidet dann jedoch aus.

24

25 Zur Begründung der a.l.i.c. werden verschiedene Ansätze herangezogen. Diesen Ansätzen
26 ist jedoch weit überwiegend gemein, dass sie verfassungswidrig sind. Sie gründen entweder
27 auf einer Analogie zulasten des Täters oder widersprechen dem Gesetzeswortlaut. Beides
28 ist jedoch verfassungswidrig, da es gegen Art. 103 Abs. 2 GG verstößt.

29

30 Dass Rechtsprechung und große Teile der Literatur dennoch weit überwiegend an der
31 Rechtsfigur festhalten, ist eigentlich nicht hinnehmbar.

32

33 Einleuchtend ist selbstverständlich, dass ohne diese Figur inakzeptable Gesetzeslücken
34 entstehen und sie deshalb letztlich eine Notwendigkeit ist.

35

36 Jedoch darf diese Entscheidung im strafrechtlichen Bereich nicht der Rechtsprechung und
37 der Literatur überlassen bleiben, sondern sie muss durch den demokratisch legitimierten
38 parlamentarischen Gesetzgeber geregelt werden.

1 Alles andere verstieße, sowie die herangezogenen Begründungsmodelle per se gegen die
2 Verfassung, da der Gesetzesvorbehalt umgangen würde.

3 Hierbei handelt es sich um eine wesentliche Frage deren Regelung Pflicht des Gesetzgebers
4 ist und derer er sich nicht begeben darf.

5

6 Daher fordern wir, dass die von Rechtsprechung und Literatur entwickelte Rechtsfigur der
7 a.l.i.c. eine Gesetzesgrundlage findet und somit dem Rechtsstaatsprinzip und dem
8 Grundsatz der Gewaltenteilung Genüge getan wird.

9

10

11 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

12

1 **Antragsnummer: G8**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress

4

5

6 **Gerechteres Wahlrecht in Bayern**

7

8

9 **Wir fordern ein strengeres Verhältniswahlrecht in Bayern, durch Reduzierung der**
10 **Direktmandate. Hierdurch werden die Parteien unabhängig von ihrer Größe nicht**
11 **länger benachteiligt bzw. privilegiert.**

12

13 Die CSU hat sich in Bayern ihr Wahlrecht so geschaffen, dass sie selbst gegenüber den
14 anderen kleineren Parteien privilegiert wird. Durch die Ausgestaltung der Überhangs- und
15 Ausgleichsmandate erhält sie mehr Sitze im bayerischen Landtag als ihr prozentual nach
16 dem Wählerwillen zustehen würden.

17 Zwar trifft dies auch auf andere Parteien zu, jedoch erhält proportional zu ihrer Größe eine
18 Partei zunehmend mehr Sitze als ihr zustehen würden, je größer sie ist.

19 Das bedeutet gerade in Bayern, in einem Land, in dem die CSU so deutlich größer ist als
20 andere Parteien einen erheblichen Vorteil dieser gegenüber den kleineren Kontrahenten.

21

22 Um dieses Phänomen mit Zahlen zu verdeutlichen: die CSU hatte in der Landtagswahl 2008
23 43,4 % der gültigen Stimmen was bei einer Sitzanzahl von 180 zu 78 Sitzen führen würde.

24 Durch die Überhangs- und Ausgleichsmandate erhält sie tatsächlich 92 von 187 Sitzen.
25 Wenn man jedoch von einer erhöhten Sitzanzahl von 187 ausgeht stünden ihr aber
26 eigentlich nur 81 Sitze zu. Sie erhält also 11 Sitze mehr, als ihr nach dem Wählerwillen
27 zustehen.

28 Prozentual kommt es hier also zu einer Erhöhung von fast 5,79 % gegenüber dem
29 eigentlichen Wählerwillen, während es bei den anderen Parteien nur zu Erhöhungen um 0,5
30 bis maximal 2,2 % führt.

31

32 Hierdurch erhalten zwar auch die anderen Parteien mehr Sitze, aber aufgrund dessen, dass
33 sie von vornherein mit weniger Stimmen ins Rennen gehen erhalten sie entsprechend
34 erheblich weniger Mehr-Sitze, so dass es insgesamt zu einer Verzerrung des Wählerwillens
35 zu Gunsten der stärksten Partei im Landtag kommt.

36

1 Diese ungerechte Verzerrung könnte dadurch behoben werden, dass die Anzahl der
2 Direktmandate reduziert würde. Somit würden weniger Überhangsmandate entstehen was
3 auch die Ausgleichsmandate mindern würde.

4 Nur ein Verhältniswahlrecht kann den Willen des Bürgers gerecht widerspiegeln.

5

6 Es darf nicht sein, dass eine Regierung sich das Wahlrecht so schafft, dass sie selbst
7 begünstigt wird und kleinere Parteien benachteiligt. Das sind Methoden die einem
8 Rechtsstaat fremd sein müssen, wenn er nicht den Anspruch Rechtsstaat zu sein verlieren
9 will.

10

11

12 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

13

1 **Antragsnummer: G9**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
4 SPD-Bundesparteitag

5
6

7 **Für ein menschenwürdiges Asylrecht**

8
9

10 **Hintergrund:**

11 Mit der Einrichtung der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den
12 Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (FRONTEX) im Jahr 2004 hat
13 die Etablierung eines gemeinsamen europäischen Grenzregimes begonnen, das die
14 nationalstaatliche Organisation der Grenzkontrolle ergänzt oder in Teilen ersetzt. Die
15 Agentur koordiniert und organisiert seither – ohne demokratische Legitimierung und Kontrolle
16 – Einsätze nationaler Sicherheitskräfte an den EU-Außengrenzen, um Flüchtlinge vom
17 Grenzübertritt (im Mittelmeerraum oder an den Landgrenzen in Ost- und Südosteuropa)
18 abzuhalten oder sie in gefängnisähnlichen Lagern zu internieren, bis ihre
19 Asylantragsverfahren abgeschlossen sind. Letztere enden in der Regel mit der Abschiebung.

20

21 Die Praktiken der Grenzsicherung bewegen sich häufig in einer rechtlichen Grauzone.
22 Flüchtlinge werden auf offener See zur Umkehr gezwungen oder schon an der
23 nordafrikanischen Küste in Lager gesperrt. Dabei scheute die EU in der Vergangenheit auch
24 vor der Zusammenarbeit mit der Diktaturen in nordafrikanischen Staaten nicht zurück. Viele
25 Flüchtlinge nehmen aus Angst vor Aufgriffen durch die Grenzpatrouillen gefährliche Routen,
26 viele sterben auf See oder bereits auf dem Weg durch gefährliches Gelände. FRONTEX und
27 die Polizeikräfte der EU-Staaten, welche an den Grenzen eingesetzt werden, nehmen dies
28 billigend in Kauf und sprechen angesichts des Zurückgehens der Übertrittversuche von
29 Erfolgen. Haben es Flüchtlinge geschafft, entweder über das Mittelmeer oder über die
30 Landgrenzen auf europäisches Territorium zu gelangen, werden sie in Lager (z.B. auf
31 Lesbos und Lampedusa, in Ceuta oder Melilla) gesperrt, in denen meist menschenunwürdige
32 Zustände herrschen: schlechte Mahlzeiten und Hygiene, ungenügende Schlafmöglichkeiten,
33 keine Privatsphäre.

34 In der Öffentlichkeit wecken FRONTEX sowie v.a. konservative PolitikerInnen und Medien
35 den Eindruck, es handele sich bei den Fluchtversuchen um ein Massenphänomen. Davon
36 kann keine Rede sein. Zudem werden die individuellen Gründe der Flucht (Armut oder
37 Verfolgung) kaum zur Sprache gebracht. Lieber wird von den kriminellen Machenschaften
38 von Schlepperbanden geredet, als seien diese verantwortlich für die Flüchtlingsproblematik.

1 Die Gründe für die brutale Zurückweisung von Flüchtenden sowie die Ablehnung von
2 Asylanträgen werden öffentlich nicht diskutiert. Die wirtschaftliche Ausbeutung der armen
3 Länder, deren ineffektive wirtschaftliche und politische Unterstützung werden ignoriert.
4 Flüchtlinge sind besonders in Südeuropa willkommene Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.
5 Indem diesen keine Anerkennung und keine Rechte gewährt werden, können
6 Lebensmittelpreise auch in Deutschland niedrig gehalten und Profitraten maximiert werden.
7 Europa profitiert von der Ausbeutung der Flüchtlinge.

8

9 **Schlussfolgerungen:**

10 Als anti-nationalistische, anti-rassistische Organisation sollen sich die Jusos bei der SPD im
11 Europäischen Parlament und im Bundestag verstärkt dafür einsetzen, die Rechte von
12 flüchtigen Menschen zu stärken sowie für ein menschenwürdiges Asylrecht zu streiten, das
13 neben politischer Verfolgung auch ökonomische Ausbeutung im Blick hat und Schutz bietet.
14 Damit einhergehend muss die gewaltsame Verhinderung der Flucht nach Europa durch
15 FRONTEX und nationale Grenzschutzkräfte (wie Bundespolizei, Carabinieri, Guardia Civil
16 u.a.) beendet und jeder/m Flüchtigen die Möglichkeit zur Asylantragstellung gegeben
17 werden. Ferner fordern wir eine Überarbeitung des Artikels 16a GG, um das Asylrecht in
18 Deutschland wieder existent zu machen. Angesichts der deutschen Geschichte haben wir
19 eine besondere Verantwortung, was die Umsetzung dieses Grundrechts betrifft.

20

21

22 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

23

1 **Antragsnummer: G10**

2 **AntragstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
4 SPD-Bundesparteitag

5
6
7
8
9

Kein Ende von Stasi-Aufarbeitung

10 Anfang März 2011 trat nach Joachim Gauck (1990-2000) und Marianne Birthler (2000-2011)
11 mit Roland Jahn der dritte, vom Bundestag gewählte, Bundesbeauftragter für die Stasi-
12 Unterlagen seinen Dienst an.

13 In seiner Antrittsrede stellt Roland Jahn klar, dass die Aufarbeitung der Stasi-Verbrechen und
14 die staatliche Spionage der DDR noch lange nicht vorbei sei.

15 Bis mindestens 2019 ist vorgesehen diese Behörde beizubehalten.

16 Danach sollen die Akten in das Bundesarchiv übernommen werden und sind dann erst mal
17 nicht mehr einsehbar.

18

19 Wir fordern, dass auch nach 2019 die Stasi-Unterlagen beim Bundesbeauftragten für die
20 Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen
21 Republik bleiben und für jedermann einsehbar sind.

22

23

24 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

25

1 **Antragsnummer: Ini 1**

2 **AntragsstellerInnen:** Juso-Regionalbezirk Unterfranken

3 **AdressatInnen:** Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-
4 Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

5

6

7 **Initiativantrag 1: Keine Privatisierung des Glücksspiels**

8

9

10 Wir fordern die Ministerpräsidenten der Länder und sämtliche Abgeordneten auf, keiner
11 Privatisierung von Glücksspiel, auch nicht probeweise, zuzustimmen. Stattdessen sollen höhere
12 staatliche Mittel zur Suchtprävention aufgewendet werden.

13

14

15 **Begründung:**

16 Der Staat hat seinen Bürgern gegenüber eine besondere Fürsorgepflicht. Im Gegensatz zu
17 privaten Unternehmen handelt er nicht rein profitorientiert, sondern hat auch den Schutz der
18 Bevölkerung im Sinn.

19 Bereits heute gibt es viele Fälle von Glücksspielsucht. Private Anbieter würden dies nicht
20 bekämpfen, sondern sie aus Gründen der Gewinnmaximierung fördern.

21 Daher muss Glücksspiel weiterhin in staatlicher Hand bleiben.

22

23

24 **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an...

25